Morgenausgabe

Nr. 43 / A 22 — 46. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschl. Bestellgeld, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend 26. Januar 1929

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 40 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Frankreich und das Elsaß.

Beginnende Einsicht in Paris.

Paris, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Vergleicht man die bisherigen Pressekommentare zur diesmaligen Elsaß-Debatte mit den früheren Auslassungen der Pariser Blätter über das Elsaß, so muß immerhin ein Fortschritt festgestellt werden. Man beginnt hier langsam zu erfassen, daß es sich wirklich um das Elsaß und nicht um ein neues beliebtes Thema französischer Innenpolitik handelt. Um so verwirrter zeigen sich freilich noch die Gemüter, da es mit der Aufstellung der eigenen Forderungen nicht mehr recht zu gehen scheint. Man kann also von einer Krise der öffentlichen Meinung bezüglich des Elsaß sprechen.

Es muß als ein an sich erfreuliches Symptom dieser Krise gewertet werden, wenn ein Mann wie der frühere Ministerpräsident Herriot, den die Rechte ihrerseits für das Uebel verantwortlich macht (in den Augen der Linken ist Millerand der Alleinschuldige), heute in der „Ere Nouvelle" plötzlich entdeckt, daß das Elsaß in den vergangenen Jahrhunderten

ein Tummelplatz der Völker

war und auf eine tragische Geschichte zurückblickt. Freilich gibt es von Herriot auch nur eine Erklärung für den Autonomismus: die deutsche Herrschaft, unter der die Elsässer sich das Protestieren angewöhnt hätten. Ein positives Heilmittel weiß er nicht anzugeben, und ein anderes Linksorgan, die „Volonte", vertröstet auf die Zeit, in der die Linke wieder an der Macht sein werde. Vorläufig muß sie sich jeder Aeußerung enthalten, da der Ministerpräsident im Namen Frankreichs zu den Elsässern sprechen werde. Man kann schon jetzt absehen, daß die Debatte keinerlei praktische Folgen nach sich ziehen wird, und das Beste, was man im Augenblick noch hoffen kann, ist, daß der Ministerpräsident, der am nächsten Donnerstag sprechen wird, die Lage durch allzu „energisches" Auftreten nicht noch verschlimmert. Vergeblich wird freilich die Debatte nicht gewesen sein. So schmerzlich es für die französischen und insbesondere die Pariser Zentralstellen sein mag, sie müssen sich daran gewöhnen, daß ihnen im elsässischen Autonomismus eine Erscheinung entgegentritt, die

nicht mit gewöhnlichen Verwaltungsmethoden und Maßnahmen

zu fassen ist. Zu der hierfür nötigen Selbstbesinnung trägt in breiteren Kreisen der Bevölkerung sicher die Debatte bei.

Die Kammer setzte am Freitagnachmittag die Aussprache fort. Der Abg. Seltz (Elf. Vp.) forderte eine stärkere Berücksichtigung des Deutschen durch die Beamtenschaft. Es sei aus praktischen Gründen Art notwendig, daß die Beamten im Elsaß das Deutsche genügend beherrschen. Die Bevölkerung verlange daher vor allem, daß die deutsche Sprache in den Schulen genügend gelehrt werde. Es müßten Schulkommissionen geschaffen werden, in denen auch die Eltern vertreten seien. Auf einen Einwurf Poincarés, der auf die Verhältnisse während der deutschen Herrschaft hinwies, erklärte Seltz, seit 1900 sei verordnet worden, daß die Kinder der französischen Minderheit im Elsaß im ersten Schuljahre französisch lesen lernten. Heute fordere man nichts anderes für die deutschen Kinder. Seltz schloß mit der Aufforderung an Poincaré, die Vergangenheit auszutilgen und Milde walten zu lassen.

Nach Seltz bestieg der Metzer Abgeordnete Moncelle die Tribüne, der eine Reihe Beschwerden und Wünsche der lothringischen Bevölkerung vorbrachte.

Hoffmann strafversetzt.

Er wird Oberlandesgerichtsrat in Hamm.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, hat der Preußische Justizminister in Ausführung des Urteils des Disziplinarsenats beim Oberlandesgericht in Naumburg und des Großen Disziplinarsenats beim Kammergericht den Landgerichtsdirektor Hoffmann, bisher in Magdeburg, mit sofortiger Wirkung als Oberlandesgerichtsrat nach Hamm i. W. versetzt. In welches Richteramt der, übrigens bis Ende März krankheitshalber beurlaubte, Landgerichtsrat Kölling in Magdeburg in Ausführung des Urteils des Großen Disziplinarsents beim Kammergericht zu versetzen ist, wird der Preußische Justizminister noch bestimmen.

Friedensschluß im Zentrum.

Stegerwald zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. — Er legt den Vorsitz im Gewerkschaftsbund nieder.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags wählte am Freitag abend den Fraktionsvorsitzenden und den Fraktionsvorstand. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Abg. Stegerwald durch Zuruf einstimmig gewählt. Abg. Stegerwald nahm die Wahl mit Dank an und erklärte, daß seine Hauptaufgabe in Zukunft politischer Natur sein und daß er infolgedessen den Vorsitz im Deutschen Gewerkschaftsbund niederlegen werde.

Der Abg. Kaas dankte dem Abg. Stegerwald für die Annahme der Wahl und machte dann einige Mitteilungen über die Verhandlungen, die der Wahl vorausgegangen sind. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Abgg. Perlitius und Esser gewählt. In dem weiteren Fraktionsvorstand wurden wiedergewählt die Abgg. Dr. Bell, Giesberts, Joos, Möckner, Ulitzka und Frau Weber. Neu hinzugewählt wurde der Abg. Dr. Wirth.

•

Der „Deutsche", das Organ des Gewerkschaftsbundes, hat der Wahl Stegerwalds eine Vorbemerkung vorausgeschickt, die den Inhalt der Verhandlungen andeutet, die vor der Wahl stattgefunden haben. Sie lautet:

„Heute abend wird man in der Reichstagsfraktion des Zentrums die mehrfach verschobene Wahl zum Fraktionsvorstand vornehmen. Man ist sich im Zentrum, besonders seit dem Kölner Parteitag, klar geworden, daß die Forderung der Zentrumsarbeiterschaft nach einer stärkeren Vertretung im Parteikörper und nach einer stärkeren Beteiligung an der Führung der Partei durchaus berechtigt ist. Und man ist gewillt, diese Forderung der Arbeiterschaft zu erfüllen. Besonders der neue Parteivorsitzende, Prälat Prof. Dr. Kaas, betont in dieser Hinsicht seinen guten Willen immer wieder. Und aus diesem Willen heraus hat man Stegerwald immer wieder gedrängt, die Führerstellung als Fraktionsvorsitzender anzunehmen, und man hat ihm erklärt, man würde draußen im Lande nicht verstehen, wenn er diese Führerstellung ausschlägt, nachdem die Arbeiterschaft so stürmisch auf seine stärkere Beteiligung an der Führung gedrängt habe.

Es ist anzunehmen, daß Stegerwald diesem Drängen nachgeben wird. Darum ist damit zu rechnen, daß heute abend Stegerwald zum Fraktionsvorstand der Reichstagsfraktion gewählt wird. **Wie wir zu wissen glauben, dürfte die Parteileitung des Zentrums dies wohl zum Anlaß nehmen, um zu den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft, wie sie auf dem Kölner Parteitag laut geworden sind, sich zu äußern."**

Herr Stegerwald hat also Frieden mit Herrn Kaas geschlossen. Die Zentrumsarbeiter erhalten — Versprechungen.

Finanzkonferenz der Länder

Besprechung der Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche

Beim Reichsfinanzminister Dr. Hilferding waren am Freitag im Reichstag die Vertreter der Länderregierungen versammelt, um die zwischen dem Reich und den einzelnen Ländern schwebenden vermögensrechtlichen Fragen zu erörtern. Die Reichsregierung wird auf Grund der gewonnenen Uebersicht ein Vorlage ausarbeiten, die in einer für die nächste Zukunft in Aussicht genommenen Aussprache erörtert werden soll.

Der Faschistenführer als Wechselfälscher.

Gefälschter Wechsel aus Staatsmitteln bezahlt!

Mailand, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Es verlautet, daß der frühere Generalsekretär des Mailänder Fascio, Mario Giampoli, in Festungshaft sitzt, weil er seine Anhänger zur Rebellion gegen die Befehle Mussolinis angestiftet hatte, nachdem er plötzlich aus seiner Stellung entlassen worden war. Ueber die Gründe seiner Enthebung vom Amt wird bekannt, daß Giampoli einen falschen Wechsel in Umlauf gesetzt hatte, um eine Spielschuld im Kasino von San Remo zu decken. Der Wechsel wurde später aus Staatsgeldern bezahlt, um einen öffentlichen Skandal zu verhindern.

Drei Flugzeugabstürze.

Schwedisches Flugzeuggeschwader abgestürzt.

Stockholm, 25. Januar.

Heute mittag haben sich nicht weniger als drei Flugzeugunfälle in der Nähe von Stockholm ereignet. Drei Armeeflugzeuge, die einem Geschwader der Fliegerschule in Malmslaet angehörten und sich auf dem Fluge nach Stockholm befanden, stürzten über verschiedenen Orten in der Gegend von Stockholm ab. Dabei wurden ein Offizier getötet und zwei Unteroffiziere schwer verletzt. Die Unfälle sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß durch das herrschende Schneegestöber die Sicht erschwert wurde.

Wilhelm feiert sich.

Durch ein neues „Daily-Telegraph"-Interview.

Im Herbst 1908 gewährte Wilhelm II. einem Vertreter des „Daily Telegraph" ein Interview. Der Inhalt bedeutete für Deutschland eine außenpolitische Katastrophe. Was da in kindischer Unreife zum besten gegeben wurde, war geeignet, alle Völker der Welt von England bis Japan zu Deutschlands Feinden zu machen.

Ueber Wert und Bedeutung dieser kaiserlichen Aeußerungen gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Durch ganz Deutschland ging ein Stöhnen. Im Reichstag kamen der Sozialdemokrat Paul Singer und der Konservative v. Heydebrand sachlich ungefähr zu demselben Resultat. Der Reichskanzler fuhr zum Kaiser und machte ihm Vorhaltungen. Dieser dachte erst daran, dem Thron zu entsagen, beschränkte sich aber dann doch darauf, Besserung zu geloben und zu versprechen, sich in Zukunft mehr Zurückhaltung aufzuerlegen. Er hat dieses Versprechen nicht lange gehalten.

Da Wilhelm II. seit mehr als zehn Jahren ein im Ausland lebender Privatmann ist, ist er ja jetzt an sein Versprechen auch nicht mehr gebunden. Die kindische Unreife ist ihm aber geblieben und mit ihr der Drang, in die auswärtige Politik Deutschlands — jetzt der Deutschen Republik — hineinzupfuschen.

Er betätigt ihn zur Feier seines 70. Geburtstages.

Er hat sich zu diesem Zweck einen Vertreter der „Associated Preß" verschrieben, und das sonst ernst zu nehmende amerikanische Nachrichtenbureau ist leider auf diese geschmacklose Idee eingegangen — wahrscheinlich nicht einmal in der Absicht, Deutschland zu schaden, sondern aus bloßer Sensationslust. So ist ein neues Interview entstanden, das sich dem „Daily Telegraph"-Interview würdig zur Seite stellt. Der Text ist der rechtsstehenden deutschen Presse übermittelt worden zu dem Zweck, heute, am Vortag des 70. Geburtstags Seiner Majestät, veröffentlicht zu werden.

Schon die Einleitung dieses Interviews ist sonderbar genug. Sie sieht so aus:

Eine Persönlichkeit aus der Umgebung des ehemaligen Kaisers gewährte einem Vertreter der „Associated Preß" im Einverständnis mit dem ehemaligen deutschen Kaiser eine Unterredung. Der ehemalige deutsche Kaiser gab dieser Unterredung folgendes einleitende Vorwort:

„Das Wohl des deutschen Volkes zu fördern und den Frieden in der Welt zu erhalten, — das ist stets oberstes Gesetz meines Handelns gewesen. Im festen Glauben an Gott den Gerechten hoffe ich daher, auch den Tag zu erleben, der uns Deutsche von der **Last der falschen Beschuldigung, den größten aller Kriege entfesselt zu haben, befreien wird."**

Auf die verschieden gestellten Fragen wurde hierauf wie folgt geantwortet: . . .

Die unbekannte „Persönlichkeit" ist also das Sprachrohr des Exkaisers. Die Vermutung liegt nahe, daß dieser „große Unbekannte" niemand anderes ist als der Exkaiser selbst. Denn was das Wesen dieses Mannes ausmacht, die vollendete Taktlosigkeit und das Unvermögen, die Wirkung der eigenen Worte vorauszusehen, tritt in diesem törichten Frage- und Antwortspiel ungemildert in Erscheinung.

Die Sozialdemokratie hat stets den Glauben an die deutsche Alleinschuld bekämpft. Sozialdemokratische Reichskanzler haben die ersten, die schärfsten Erklärungen gegen diesen Glauben abgegeben, und mit Hilfe gerechtdenkender Ausländer ist es auch gelungen, ihn zu erschüttern. Wilhelm II. kann ihn nur wieder befestigen, indem er sich zur Erörterung dieser Frage taktlos und ungerufen in den Vordergrund drängt. Wenn es einen Deutschen gibt, der zu schweigen hat, wo über Schuld und Unschuld am Kriege gesprochen wird, dann ist es der ehemalige deutsche Kaiser. Er hat jahrzehntelang durch seine törichten Reden dem deutschen Volk in der ganzen Welt Feinde geworben, er hat in den kritischsten Tagen Europas durch sein Hin- und Herlaumeln zwischen säbelrasselnden Großsprechereien und angstvoller Entschlußlosigkeit — dieses Urteil ist noch milde! — zum Ausbruch der furchtbaren Katastrophe beigetragen. Er ist der letzte, der das Recht hat, für die Unschuld Deutschlands zu bürgen, für diesen Zeugen bedankt sich das in Wahrheit unschuldige deutsche Volk! Er ist der letzte, der das Recht hat, den Anklägern draußen das Wort von der „skrupellos erfundenen Lüge" entgegenzuschleudern, das im weiteren Verlauf dieses Interviews gebraucht wird.

In dem Interview wird eine Reihe ausländischer Schriftsteller zitiert, die der Legende von der deutschen Alleinschuld entgegengetreten sind. Sie haben den Mut gehabt, für ihre Regierungen den Anteil an der Gesamtschuld festzustellen, der ihnen zukommt. Wollen wir nach ihrem Beispiel handeln, dann müssen wir mit dem gleichen Mut unseren Anteil auf uns nehmen. Und der besteht darin, daß wir zehn Jahre lang nach der „Daily-Telegraph"-Affäre diesen Kaiser geduldet haben!

Wir haben das teuer genug bezahlt. Aber nun kommt ja Wilhelm als Retter. Er zerschmettert die Lügner, die von deutscher Schuld sprechen und er will — wie er sagt —

damit erreichen, daß uns die Reparationszahlungen erlassen werden. Wilhelm und seine Familie hätten besser getan, uns von den „Reparationen" zu entlasten, die wir ihnen in Form enormer Abfindungen zahlen mußten; daran aber haben sie nicht gedacht! Im übrigen können nur Narren glauben, unsere ehemaligen Gegner würden auf die Bezahlung ihrer Schulden an Amerika durch uns verzichten, wenn sie sich — ausgerechnet durch Wilhelm II.! — von der Unschuld Deutschlands überzeugen ließen.

Nicht genug der Torheit! Das Interview rührt alte blutige Erinnerungen des Krieges wieder auf. Die 36 000 Toten des U-Boot-Kriegs (Zivilpersonen! Frauen! Kinder!) werden mit einem bedauernden Achselzucken — „gewiß eine bedauerlich hohe Zahl" — abgetan. Dafür werden den Engländern und Franzosen ihre Kriegsgreuel vorgehalten und u. a. behauptet, die Franzosen hätten für entflohene deutsche Kriegsgefangene 25 Franken Prämie ausgesetzt, wenn lebend zurückgebracht, wenn tot aber 50 Franken. Ferner in der französischen Gefangenschaft seien 43 000 Deutsche verschwunden, über deren Verbleib nichts bekannt sei. Will Wilhelm damit sagen, diese 43 000 Gefangenen seien umgebracht worden? Gleichviel, die Antwort aus Frankreich wird nicht lieblich klingen! Auf Greuelgeschichten wird mit Greuelgeschichten — aus deutschen Gefangenenlagern — geantwortet werden.

Und dieser Mann, der heute noch bemüht ist, aus der Asche alten Kriegshasses neue Flammen zu blasen, feiert sich selbst als Wohltäter der Menschheit und Hüter des Friedens.

Oberste Richtlinien für die Politik Seiner Majestät durch 26 Jahre war die Wohlfahrt seines Volkes und die Erhaltung des Weltfriedens. Wer das Deutschland der Vorkriegszeit gekannt hat, weiß, welch eine Blütezeit das deutsche Volk erlebte: Handel und Verkehr hatten sich unter dem Szepter des Kaisers machtvoll ausgedehnt, die Wissenschaften, insbesondere die Technik, fanden seine tatkräftige Förderung, die deutsche Flotte ist sein Werk, die Weiterführung der deutschen Kolonialpolitik sein großes Verdienst. Und eins nicht zu vergessen: Arbeiterschutzgesetzgebung und Sozialpolitik standen 1914 auf einer Höhe wie in keinem anderen Lande der Welt. Das sind Werke für die Wohlfahrt seines Landes, welche die Geschichte einmal anerkennen wird.

Nicht anders wird dereinst die zweite Regierungsmaxime des Kaisers gewürdigt werden. Bedenken Sie, was es heißt, daß von den 43 Friedensjahren, die Deutschland seit 1870/71 der Welt und Europa geschenkt hatte, 26 auf die Regierungszeit des Kaisers entfallen! Und in dieser Zeit hat die deutsche Politik nicht weniger als sechs Gelegenheiten für die Entfesselung eines Krieges in günstigster Lage vorbeigehen lassen: im Herbst 1898 nach Faschoda, 1899 bis 1902 während des Burenkrieges, 1905/06 während der ersten Marokkokrise, 1908/09 während der bosnischen Krise, 1911 zur Zeit der zweiten Marokkokrise und 1912/13 während der drei Balkankriege. Sie werden daher ermessen können, als wie ungerecht das deutsche Volk und der Kaiser das Urteil von Versailles empfinden, nachdem Deutschland den Weltkrieg angeblich jahrzehntelang planmäßig vorbereitet hat.

Wer kennt sie nicht, diese Sprache irrsinnigen Größenwahns! Alles, was das deutsche Volk durch seine Tüchtigkeit geleistet hat — alles ist „Sein" Verdienst! Arbeiterschutz und Sozialpolitik — „Sein" Verdienst, das Verdienst des Mannes, der das hohnvolle Wort von der „vollen Kompottschüssel" des Arbeiters geprägt hat, der das Zuchthausgesetz gegen streikende Arbeiter propagiert hat, der den Soldaten gepredigt hat, sie müßten ihm gehorchend, auch auf Vater und Mutter schießen! Deutschlands Kultur — „Sein" Verdienst, Verdienst des Mannes, der seinen Chinakriegern sagte: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht!" Die Erhaltung des Friedens 43 Jahre lang — „Sein" und „Seiner" Vorfahren Verdienst, Verdienst des Mannes, der 1914 die Worte schrieb: „In den Sandschak einmarschieren, dann ist der Klamauk fertig!" Diese Worte und tausend andere, mit denen sich ein ganzer Band blutiger Narrheit füllen ließe.

Wer kennt sie nicht, diese Sprache irrsinnigen Größenwahns! „Deutschland hat der Welt 43 Friedensjahre geschenkt!" Der Frieden der Welt — ein Geschenk, Geschenk aus Hohenzollernhand! Geht hin und dankt ihm!

Wir hätten gern einem alten Mann, der seinen 70. Geburtstag feiert, Ruhe gegönnt. Aber dann hätte er selber ruhig bleiben müssen. Das Interesse des deutschen Volkes zwingt uns, auch am heutigen Tage auszusprechen, daß das deutsche Volk mit diesem Mann des Unheils nichts mehr zu tun hat.

Aber das Tollste kommt noch!

Die Hugenbergsche „Telegraphen-Union" verbreitet das neue Wilhelm-Interview — was sein gutes Recht ist — und tut es mit dem Vermerk: „Darf erst in den Morgenblättern vom 26. Januar veröffentlicht werden." In Doorn glaubt man offenbar, mit diesem tollen Gerede Reklame zu „Kaisersgeburtstag" machen zu können — in der Redaktion der „TU." wird man nicht so kurzsichtig sein, doch man fügt sich dem Befehl.

„TU." mag tun, was sie will. Aber was tut das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau?

Auch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet die Unterredung, und zwar mit folgendem Vermerk:

„Nur für rechtsstehende Blätter!!! Privatmeldung. (W. T. B. darf im Zusammenhang mit der Veröffentlichung nicht erwähnt werden.)

Das Wolffsche Telegraphenbureau konnte das Interview, das ja einigen Staub aufwirbeln wird, wie jede andere Nachricht weitergeben. Statt dessen verbreitet es das exkaiserliche Geschwätz als monarchistisches Propagandamaterial und verrät sein schlechtes Gewissen durch die inständige Bitte, man möge es ja nicht als Vermittlungsstelle nennen!

Wenn das halbamtliche Telegraphenbureau auch in nachwilhelminischer Zeit noch mit solchem politischen Genie geleitet wird, muß einem das Grauen ankommen. Gibt es jetzt noch einen Menschen, der an der Reformbedürftigkeit dieses Bureaus zweifelt?

In Kabul ist nach Meldung aus Peschawar das Außenministerium wieder eröffnet, die radiotelegraphischen Verbindungen mit Indien sind wiederhergestellt. Die Schinwari und andere Stämme zeigen feindselige Haltung gegen Habibullah.

Die lettische Polizei hat die sogenannte Düna-Organisation der Kommunisten ausgehoben, die besonders in den Landgemeinden des Rigaer Kreises durch Gründung von „Hungerkomitees" die Revolutionierung der Landbevölkerung anstrebte. Achtzehn Personen wurden verhaftet und ein großes Lager Propagandaliteratur beschlagnahmt.

Gegen Diktaturwahnsinn.

Bayerische Volkspartei gegen Vaterländische Verbände.

Die „Bayerische Volksparteikorrespondenz" unternimmt einen scharfen Vorstoß gegen die Leitung der Vereinigten Vaterländischen Verbände, weil sie am letzten Sonntag die Reichsgründungsfeier im Zirkus Krone zu einer Kundgebung gegen den bestehenden Staat und zur Verherrlichung der Diktatur gemacht hätten. Die Bestrebungen zur Propagierung einer radikalen Staatsumwälzung lägen offen zutage. Gewisse Führer wollten aus den Vaterländischen Verbänden ein Kampfwerkzeug für eine Staatsumwälzung schaffen. Wenn sich die Vaterländischen Verbände das Bekenntnis des Redners bei der Reichsgründungsfeier zu eigen machten, dann habe in ihren Reihen kein politisch klarer Mensch mehr etwas zu suchen, denn die Diktatur predigen, hieße einer neuen Revolution das Wort reden.

Wulle hat Schimpffreiheit.

Ein leider schon übliches Urteil.

Elberfeld, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Der Völkische Wulle hatte sich vor dem erweiterten Schöffengericht wegen Beschimpfung der Republik und der Reichsfarben zu verantworten. Er hatte in einem Vortrag davon gesprochen, daß die Republik aus Meineid und Verrat hervorgegangen sei, und hatte ferner den Ausdruck Schwarzrotmostrich gebraucht. Das Gericht sprach ihn frei. Begründung: der Satz über die Republik sei das bekannte Wort des Kardinals Faulhaber, den Ausdruck Schwarzrotmostrich habe er in bezug auf das Reichsbanner, nicht in bezug auf die Reichsfarben gebraucht. — Diese Ausrede gebrauchen völkische Schimpfhelden gewohnheitsmäßig, wenn sie zu feige sind, ihre Kraftworte zu verantworten.

Erzbergermörder haben Kredit.

Noch ein Spekulant auf die Dummheit der Rechtsradikalen.

München, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Vor dem Amtsgericht in Regensburg stand als Angeklagter ein 39 Jahre alter, wiederholt vorbestrafter Kaufmann namens Förster, der sich mit der Behauptung, der Erzberger-Mörder Tillessen zu sein, viele Jahre lang durch nationalsozialistische Kreise, vor allem in Bayern, hindurchschwindelte. Der Mann trat mit grenzenloser Keckheit auf, ließ sich Empfehlungen schreiben, prahlte mit seinen politischen Beziehungen zum deutschen Exkronprinzen und zum Stahlhelmherzog von Koburg.

Das Gericht stellte fest, daß Förster mit seinem Schwindel viele Jahre lang ein flottes Leben führen konnte, den er nun mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis büßen muß.

Deutsch-russische Schlichtung.

Unterzeichnung in Moskau.

Moskau, 25. Januar.

Heute wurde im Volkskommissariat für Auswärtiges ein Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion über das Schlichtungsverfahren unterzeichnet. Für Deutschland vom Botschafter v. Dirksen und die Sowjetunion von Litwinow. Das Abkommen sieht die Bildung einer Schlichtungskommission auf paritätischer Grundlage vor, die aus zwei Vertretern jedes der beiden Staaten bestehen soll. Die Schlichtungskommission tritt in der Regel einmal im Jahr zusammen. Sie kann jedoch erforderlichenfalls auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien auch außerdem einberufen werden.

Die Steuervereinheitlichung.

Reden Hilferdings und Keils im Reichstag.

Der Reichstag wählte zu Beginn seiner Freitagsitzung als Beisitzer in den Staatsgerichtshof zur Entscheidung staatsrechtlicher Konflikte die Abg. Landsberg (Soz.) und Dr. Rademacher (Dnat.), zur Ersatzmännern die Abg. Dr. Bell (Z.) und Dr. Alexander (Komm.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschwert sich

Abg. **Torgler** (Komm.) über die Anordnung des Präsidenten, der kommunistischen Fraktion und ihren Mitgliedern Tribünenkarten für Zuhörer nicht mehr auszufolgen. Diese Anordnung ist wegen der gestrigen Sprechchoraufführung kommunistischer Demonstranten auf der Zuhörertribüne des Reichstages ergangen. Torgler bezeichnet sie unter lärmenden Zwischenrufen der Kommunisten, deren einer auch einen Ordnungsruf erhält, als ein Ausnahmegesetz gegen seine Fraktion; sie behalte sich alle Mittel und Wege vor, um die ihr zustehenden Tribünenkarten zu erlangen

Präsident Löbe:

Die Anordnungen, die der Präsident trifft, um die Ordnung auf den Tribünen aufrechtzuerhalten, unterliegen nicht der Kritik und der Bemängelung in diesem Hause. Selbstverständlich können Erwerbslose unsere Verhandlungen anhören, sie haben sich jedoch ebenso wie jeder Tribünenbesucher, ruhig zu verhalten. Es ist aber festgestellt worden, daß die Kolonne, die gestern die Störung verursachte, Eintrittskarten von der kommunistischen Fraktion bekommen hatte. (Rufe der Komm.: Kolonne? Schöner Ausdruck! Schöne Manieren!) Diese Tribünenbesucher haben sich der Anordnung unserer Beamten, die Tribüne zu verlassen, widersetzt und dabei

die Beamten in gröbster Weise beschimpft.

Um unsere Beamten vor einer derartigen Behandlung zu schützen, sehe ich vorläufig keine andere Möglichkeit, als die von mir erlassene Anordnung. (Andauerndes Geschrei der Komm.) Ich werde vom Reichstag noch verlangen, daß er die Strafverfolgung eines Abgeordneten, der die Beamten beschimpft hat, gestattet. (Beifall. — Lärm der Komm.)

Auf der Tagesordnung stehen die sechs Gesetzentwürfe über die Steuervereinheitlichung.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding:

Wir haben diese schon von der vorigen Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe übernommen, um eine weitere Verzögerung der Reichsratsberatungen zu verhindern. Mit dem Grundgedanken der Entwürfe sind wir einverstanden, über manche Einzelheit wird sich diskutieren lassen. Die Gesetzentwürfe stellen einen weiteren Fortschritt über die Erzbergersche Steuerreform von 1920 und über das Reichsbewertungsgesetz von 1925 dar. Das Reichsbewertungsgesetz hatte zwar für die nach dem Werte erhobenen Realsteuern der Länder und Gemeinden eine einheitliche Grundlage geschaffen, aber die große Buntscheckigkeit auf diesem Gebiet doch nicht beseitigen können. Um dieses Ziel zu erreichen, sehen die Gesetzentwürfe eine weitere Vereinheitlichung auf der übrigen Steuergrundlage, sowie der Freigrenzen und zum Teil der Tarife vor.

Die Vorteile, die von dieser Vereinheitlichung zu erwarten sind, kommen in erster Linie der Privatwirtschaft zugute, sie schaffen ein einheitliches Realsteuerrecht und ermöglichen durch Erleichterung der Vergleichbarkeit eine verschärfte Kalkulation. Darüber hinaus bringen die Entwürfe auch für die Staats- und Kommunalwirtschaft wesentliche Fortschritte. Sie ermöglichen in erster Linie einen besseren Ueberblick über die Finanz- und Steuerwirtschaft von Ländern und Gemeinden. Neben der Finanzstatistik schaffen die Entwürfe die Voraussetzungen für

leichte Nachprüfbarkeit der öffentlichen Wirtschaft

und wirken damit auf vermehrte Sparsamkeit hin. Je mehr die Oeffentlichkeit in die Lage kommt, die Steuerwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden zu übersehen, um so lebhafter wird ihre Anteilnahme an diesen Problemen sein

Schon die frühere Regierung hatte sich davon überzeugt, daß die ursprünglich beabsichtigte Verkoppelung von Vereinheitlichung und Steuerabbau aufgegeben werden mußte. Ich möchte diese Notwendigkeit unterstreichen und betonen, daß eine solche Verkoppelung einen schematischen Zwang zum Abbau öffentlicher Ausgaben bedeutet und damit soziale und kulturelle Leistung gefährdet. Der Abbau der Realsteuern kann schon deshalb im Augenblick nicht vorgenommen werden, weil erst die wirtschaftliche Auswirkung der vorliegenden Gesetzentwürfe abgewartet werden müßte.

Grundfalsch ist, was die Spitzenverbände der Wirtschaft in ihrer letzten Entschließung behaupten, daß die Steuervereinheitlichung den Steuerabbau nicht ermöglicht, sondern sogar verhindere.

Tatsächlich ist die Vereinheitlichung die Voraussetzung für den Steuerabbau. Außerdem ist der Abbau der Realsteuern aber auch erst durchführbar, nachdem durch Ausgestaltung des Lastenausgleichs zwischen den Gemeinden und den Ländern die großen Unterschiede im öffentlichen Bedarf ausgeglichen worden sind.

Unabhängig von der Absicht des Steuerabbaus hat die Regierung daran festgehalten, in den Gesetzentwürfen gewisse Genehmigungsgrenzen für die Gemeindesteuern vorzuschlagen. Bei der gegenwärtigen Höhe der öffentlichen Belastung kann auch den Gemeinden keine volle Freiheit ihrer Finanzwirtschaft mehr zugestanden werden, Selbstverwaltung und Staatsaufsicht gehören zusammen, aber die Aufsicht soll Landessache bleiben, und die Gesetze stellen nur Grundsätze auf, die die Länder beachten sollen. Staatsaufsicht ist notwendige Ergänzung der Selbstverwaltung, gerade in der Demokratie.

Zur Gebäudeentschuldungssteuer hebe ich hervor, daß

der Wohnungsbau selbstverständlich der Reichsregierung als besonders dringende Aufgabe erscheint.

Der Entwurf geht davon aus, daß noch auf lange Jahre öffentliche Mittel für den Wohnungsbau unentbehrlich sind, und daß sich die Erstellung neuer Wohnungen mindestens auf der Höhe der letzten Jahre halten muß. Die geltende Rechtslage bei der Hauszinssteuer hat zu außerordentlich großen Verschiedenheiten bei der Steuerbemessung, der Steuerhöhe und der Steuerverwendung geführt, so daß die Regierung es für notwendig hält, die Gebäudeentschuldungssteuer in eine Reichssteuer umzuwandeln. Der Entwurf baut auf der Friedensmiete auf, zerlegt die Steuer in eine Sacherhaltungs- und Entschuldungssteuer und knüpft hinsichtlich der Steuerhöhe an den Entschuldungsgewinn an. Die Sacherhaltungssteuer soll von 1934 auf die Hälfte, von 1937 ab ganz abgebaut werden. Wegen des Abbaues der Entschuldungssteuer soll vor 1933 eine Prüfung erfolgen. Der Ertrag der Steuer soll zu je 50 Proz. für Zwecke des Wohnungsbaues und des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet werden. Obgleich im Reichsrat die erforderliche verfassungsändernde Mehrheit für das Gesetz nicht zustande gekommen ist, hat die Regierung den Gesetzentwurf dem Reichstag dennoch vorgelegt.

Abg. Keil (Soz.):

Die Vorbereitungen zu diesem Gesetzgebungswerk sind getroffen worden von einer Regierung der Rechten einschließlich der Bayerischen Volkspartei. Diese Feststellung ist notwendig, weil es immer noch Politiker gibt, die die Vereinheitlichung des deutschen Steuerwesens beklagen. Mehr und mehr wird aber anerkannt, daß die Erhaltung und Erweiterung der Steuer- und Finanzhoheit des Reiches eine politische, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit ist. Allerdings war nicht das Streben nach Einheitlichkeit allein maßgebend für dieses Steuerwerk. Den stärksten Motor bildete vielmehr die Absicht einer allgemeinen Senkung der Realsteuern, während die Personal- und Verbrauchssteuern für die Unbemittelten unbeschränkt bestehen bleiben sollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir haben diese Absichten bekämpft und dabei

erreicht, daß nunmehr in den Vorlagen die Senkungstendenz in den Hintergrund getreten ist.

Völlig verschwunden ist sie aber nicht. Wir billigen das Grundprinzip, die Realsteuern zu vereinheitlichen, übersichtlich und vergleichbar zu gestalten. Dafür spricht vor allem, daß das Reich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist. Die Vereinheitlichung ist um so notwendiger, je höher die Belastung ist. Daß sie hoch ist, bestreiten wir nicht. (Becker-Hessen (D. Vp.): Also doch?) Wenn Sie das nur ebenso uneingeschränkt mit Bezug auf die Massensteuern anerkennen wollten, wie ich für die Steuern allgemein! (Becker: Warum bezweifeln Sie das?) Weil Sie z. B. die Senkung der Lohnsteuer bekämpft haben! (Sehr richtig! bei den Soz.) Angesichts des großen Steuerbedarfs und der Mängel, die auch den Personalsteuern anhaften, müssen die Realsteuern noch als unentbehrlich bezeichnet werden. Sie tragen außerdem dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung Rechnung. Wenn wir dem Grundgedanken der Gesetzentwürfe sympathisch gegenüberstehen, so übersehen wir doch nicht, daß

mit der Vereinheitlichung die Einführung von Zuschlägen zur Einkommensteuer durch Länder und Gemeinden technisch erleichtert wird. Wir lehnen solche Zuschläge nach wie vor ab.

Die sozialwirtschaftlichen Gründe gegen die Erfassung der steuerfreien Einkommensteile wiegen heute schwerer als je. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im übrigen wollen wir die Vereinheitlichung nicht um jeden Preis. Eine Verschiebung der Lasten zugunsten des Großbesitzes und zu ungunsten des Kleinbesitzes darf nicht herbeigeführt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Grundsteuerrahmengesetz will die Grundsteuer auf den Einheitswerten aufbauen. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Aber die Erfahrungen der Einheitsbewertung waren nicht durchweg günstig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das hat seinen Grund weniger in den Gesetzesbestimmungen als in der Durchführung. Die Steuermeßzahl mit 10 vom Tausend des Einheitswertes entspricht etwa 90 Proz. der seitherigen Durchschnittsbelastung. Wenn die Begründung sagt, man müsse erkennbar machen, daß die Meßzahl dem Niveau der künftigen Belastung entrückt werden solle, so wird das gerade mit 10 vom Tausend des Einheitswertes oder 90 Proz. der gegenwärtigen Belastung nicht erreicht. Man sollte daher eine erheblich höhere Meßzahl zählen, aus niedrigeren Umsatz zur

Folge hat. Wichtig ist auch, ob die Realsteuern gestaffelt werden können und sollen. Die Vorlage verneint dies mit kleinen Einschränkungen. Tatsächlich sind aber die Realsteuern in den Ländern vielfach gestaffelt. Und nirgends steht geschrieben, daß sie grundsätzlich nicht gestaffelt werden dürfen. Sie stammen, wie die ganzen Realsteuern, aus einer weit zurückliegenden Zeit, in der man die ungeheuerlichen Verschiedenheiten der Leistungsfähigkeit, der Steuerpflichtigen, wie sie heute bestehen, nicht kannte. (Zustimmung bei den Soz.) Man kannte nicht die Riesenbetriebe der Industrie, die Konzerne usw. Ein Verbot jeder Staffelung würde z. B. in Mecklenburg eine beträchtliche Verschiebung zu Lasten des Kleinbesitzes mit sich bringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dafür sind wir nicht zu haben. Man wird bei den Realsteuern eine Progression, wie bei der Einkommensteuer, nicht einführen können, aber Degression, Abstufung nach unten, ist sehr wohl möglich, und kann auch reichsrechtlich vorgeschrieben werden. Sie ist um so notwendiger, weil

der Großbesitz bei der Einkommensteuerveranlagung unverantwortlich geschont

wird. (Zustimmung bei den Soz.) Nicht minder wichtig ist die Frage des Anhörungsrechts der Berufsvertretungen. Wahlrecht und Steuerleistung dürfen nicht mehr in Beziehung zueinander gebracht werden. Die Steuerleistung der Besitzenden ist nicht eine persönliche Leistung. Der Besitz entstammt zu einem erheblichen Teil der Arbeit der Besitzlosen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wer eine hundertfache Steuer zu tragen hat, vollbringt deshalb nicht eine hundertfach höhere Leistung für die Allgemeinheit. Darum darf die Höhe der Steuern nur beeinflußt werden auf dem Wege über das gleiche Wahlrecht. (Beifall bei den Soz.) Man kann die Oeffentlichkeit noch stärker an diesen Fragen interessieren, andere Mittel der Beeinflussung sind aber unzulässig. Das Genehmigungsrecht der Landesregierungen darf keinesfalls so gestaltet werden, daß es in der Regel Anwendung findet. Wird es überhaupt anerkannt, so darf es nur gelten für Ausnahmefälle und besondere Verhältnisse. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Gewerbesteuer sprechen noch stärkere Gründe für die einheitliche Gestaltung. Die Zugrundelegung der drei Elemente Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Lohnsumme, der letzteren beiden als Hilfssteuern, kann man zustimmen. Ob das Verhältnis der Belastung dieser drei Grundlagen: 4/7 Ertragsteuer, 2/7 Kapitalsteuer, 1/7 L. ohnsummensteuer, richtig gewählt ist, bedarf der Prüfung. Die Degression der Gewerbeertragsteuer, die schon bei 3600 M. aufhört, ist ungenügend. Ebenso bei der Gewerbekapitalsteuer, bei der 3000 M. frei bleiben sollen, wenn das Gewerbekapital nicht mehr als 10 000 M. beträgt. Für Gast- und Schankwirtschaften ist bereits eine Staffelung vorgesehen da kann die Gewerbesteuer um 20 Proz. höher bemessen werden als der allgemeine Umsatzsatz. Darin liegt

eine Gefahr für die Konsumgenossenschaften.

Die Bestimmung ist um so unverständlicher, als gewisse landwirtschaftliche Genossenschaften steuerfrei bleiben sollen, während die Konsumgenossenschaften grundsätzlich der Gewerbesteuer unterstellt werden! In einem Teil der Länder sind sie heute Gewerbesteuerfrei. Die Begründung geht vorbei an den Entscheidungen des Reichsgerichts und des Reichsfinanzhofes, wonach die Konsumgenossenschaften nicht Gewerbebetriebe sind. Die verschiedene Behandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Verbrauchergenossenschaften ist nicht angängig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Abzulehnen ist auch die Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand. Die Elektrizitätswerke würden auf Grund bereits bestehender Vertragsklauseln solche Steuer auf ihre Großabnehmer abwälzen. Wünscht das die „Wirtschaft"?

Weitere Einzelfragen, wie z. B. die Behandlung der freien Berufe, der Sparkassen, müssen der Ausschußberatung vorbehalten bleiben. Die einheitliche Regelung der Gebäudeentschuldungssteuer durch das Reich billigen wir. Die Zweiteilung in eine Sacherhaltungs- und eine reine Entschuldungssteuer bringt prinzipiell nichts Neues. Ob das Verhältnis der beiden Steuerarten und die vorgeschlagene Höhe richtig ist, bleibt zu prüfen. Verzichten läßt sich heute auf die Gebäudeentschuldungssteur nicht, weil der Wohnungsbau noch öffentliche Steuermittel für zweite und nachstellige Hypotheken braucht. Das wird noch lange so bleiben. Darum sind die Abbau- und Befristungsvorschriften im Gesetzentwurf unzweckmäßig. Sie erwecken falsche Hoffnungen. Der Wohnungsbau kann jedenfalls vor 1934 ab, wo die Sacherhaltungssteuer schon zur Hälfte wegfallen soll, auf diese Quelle nicht verzichten. Wir haben von Anfang gewünscht, daß die Gebäudeentschuldungssteuer ganz für den Wohnungsbau verwendet wird. Gegen unseren Willen sollen etwa 12 Proz. des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden aus dieser Quelle bestritten werden. Im Augenblick ist eine radikale Aenderung dieser Regelung leider nicht möglich. Die Finanznot des Jahres 1929, herbeigeführt durch die Reparationslasten,

die unsolide Finanzwirtschaft der früheren Rechtsregierung,

verbietet das. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber man wird Steigerung des auf den Wohnungsbau entfallenden Anteiles der Gebäudeentschuldungssteuer fordern müssen. Wichtig ist, ob und wie weit Gebäude landwirtschaftlicher Betriebe der Gebäudeentschuldungssteuer unterliegen sollen. Der Entwurf will sie im Prinzip heranziehen, aber Zeitpunkt, Maß und Umfang der Besteuerung erst später durch besonderes Reichsgesetz regeln. Das wird begründet mit der schwierigen Lage der Landwirtschaft; ein Teil der Landwirte mag in schwieriger Lage sein, die Lebensgewohnheiten eines anderen Teiles sprechen gegen eine Notlage. (Sehr richtig! links.) Die Landwirtschaft genießt schon viele steuerliche Vergünstigungen, darum muß man fragen, ob es erträglich ist, kleinste Gewerbetreibende und Arbeiter, die vielleicht arbeitslos, aber Hausbesitzer sind, mit der Gebäudeentschuldungssteuer zu treffen, dagegen das Herrschaftshaus des Großgrundbesitzers frei zu lassen. Das scheint mir nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn der Entwurf auch nur als Hauptprinzip der Vereinheitlichung verwirklicht, so bedeutet das einen erheblichen Fortschritt. Die Steuergesetzgebung befindet sich noch im Umbildungsprozeß, der nicht zum Abschluß kommen wird, solange

die Unsicherheit der innerwirtschaftlichen Lage und der außenpolitischen Verpflichtungen

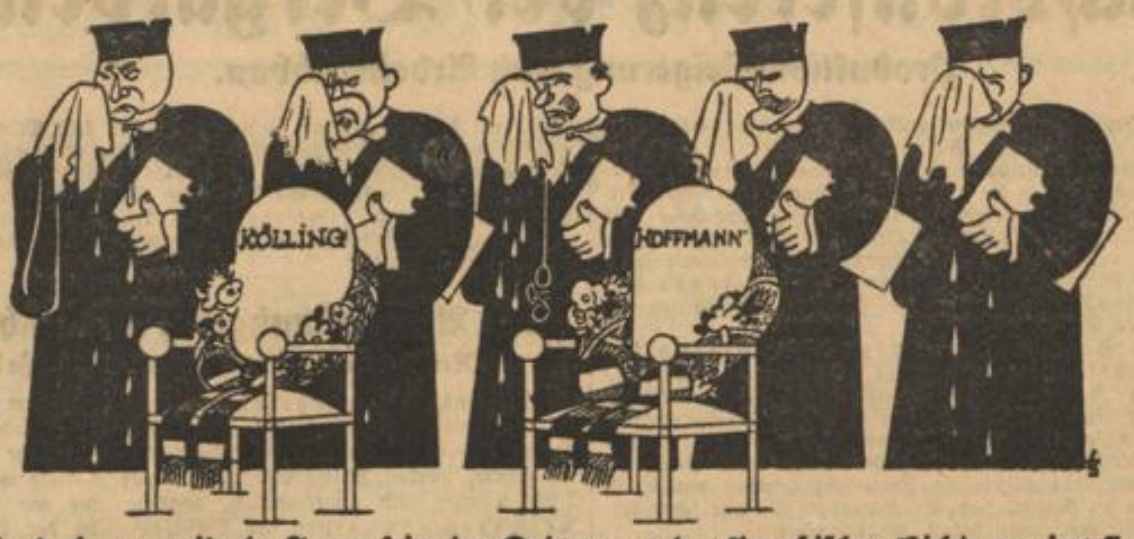
besteht, und solange die große Reichsreform nicht durchgeführt ist. Mit der weiteren Entwicklung des Steuerwesens muß das große Ziel verfolgt werden, eine möglichst wirtschaftliche Aufbringung und Verwendung der Steuern sicherzustellen und mit einer sozial gerechten Steuerverteilung zu vereinigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Rademacher** (Dnat.): Jeder wirtschaftliche Betrieb wird gehemmt, wenn 168mal im Jahre Steuern zu zahlen sind, wie es jetzt vorkomme. Die gute Steuerverwaltung der Länder ist durch die überstürzte Steuerreform Erzbergers zerstört worden. Die großen Finanzbauten werden im Westen und Süden als Zwingburgen des Reiches betrachtet. Das jetzige System krankt daran, daß der eine die Steuern bewilligt, die der andere bezahlt. Das Reichsbewertungsgesetz ist nur ein Flicken auf einem alten Rock gewesen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das hat Ihr Freund v. Schlieben gemacht!) Der Entwurf ist sehr wenig klar und übersichtlich, bringt die Vorlage keine Vereinheitlichung, keine Steuersenkung, will die Realsteuern für den Grundbesitz noch erhöhen, obwohl die Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch steht und enthält viele für die Wirtschaft höchst ungünstige Bestimmungen. Wir fordern einen klaren Finanzausgleich, der den Ländern und Gemeinden gibt, was ihnen zukommt.

Abg. **Feder** (Natsoz.): Steuertechnisch bedeutet die Vorlage einen Fortschritt. Die schematische Grundsteuerregelung ist bedenklich. Das Hauszinssteuer- und das Beamtenüberführungsgesetz lehnen wir ab.

Um 5¼ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr, außerdem dritte Beratung des Gesetzes über die Wartestandsbeamten.

In Magdeburg



fand eine ergreifende Trauerfeier der Ortsgruppe des Preußischen Richtervereins statt.

Die Lage in Arabien.

Die Furcht vor dem großen Wahabitensturm.

Amman, im Januar. (Eigenbericht.)

An der transjordanischen Grenze ist nach außen hin keinerlei Aenderung eingetreten. Die Spannung der Bevölkerung besteht fort und die Furcht vor dem wahabitischen Frühjahrsüberfall beherrscht die Gemüter. Der Unternehmungslust der Wüstenstämme ist allerdings durch eine erfolgreich verlaufene Expedition des englischen Grenzschutzes ein Dämpfer aufgesetzt worden. Ihr Hauptzweck bestand darin, den Arabern zu zeigen, daß England auf der Hut und stark genug ist, erfolgreich aufzutreten.

Das vorsichtige Lavieren Englands bei der Abwehr der Wahabiten wird hier auf Vereinbarungen mit König Ibn Saud zurückgeführt, der die Verpflichtung übernommen haben soll, einen allgemeinen Raubzug seiner Untertanen zu verhindern, während ihm England in weiser Erkenntnis der arabischen Mentalität einen gewissen Spielraum gelassen und ihm konzediert hat, daß sich die Unternehmungslust der Wahabiten in kleineren Streifzügen austoben darf!

Inzwischen ist es Ibn Saud gelungen, mit der Opposition im eigenen Lager fertig zu werden. Auf der Jahresversammlung der wahabitischen Stämme in El Riad hat er von den Scheichs durch Drohung mit seinem Rücktritt und durch die Erklärung, daß

sein politisches Ziel in der Schaffung eines panislamischen Riesenreiches von Mekka bis zum Persischen Golf und von Anatolien bis an den Indischen Ozean

mit Riad und Mekka als politischen und religiösen Zentren, ein unbedingtes Vertrauensvotum erhalten. Nach der Beruhigung seines Stammlandes wird Ibn Saud sicher Herr der Lage im Hedschas bleiben, da die mit seiner Herrschaft Unzufriedenen nicht stark genug sind, allein den Kampf gegen ihn aufzunehmen.

Durch seinen diplomatischen Sieg in El Riad hat Ibn Saud die Möglichkeit erhalten, seine Politik England gegenüber fortzusetzen, ohne durch Unruhen im Innern gestört zu werden.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ibn Saud und England wird vorläufig weiter ein Geheimnis bleiben. Auf längere Zeit werden sie kaum ungetrübt bleiben, denn die letzten Ziele der beiden sind sich vollkommen entgegengesetzt. Ibn Saud wird alles daransetzen, um nicht zum englischen Vasallen herabzusinken, während Englands asiatische Politik das britische Protektorat in Arabien fordert. Vorläufig sind beide Teile glücklich einer Entscheidung ausgewichen, die aber im Laufe der nächsten Jahre unvermeidbar werden wird.

Württembergische Demokratie.

Sie sucht Anlehnung rechts.

Stuttgart, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Verschiedene Vorgänge der letzten Zeit lassen erkennen, daß in der Deutschdemokratischen Partei Württembergs eine Umgruppierung stattfindet, die Ziel und Richtung der Partei im ganzen zu verändern beginnt. So haben die Demokraten in Ulm in einer für ihr politisches Prestige geradezu beschämenden Weise den bei den letzten Maiwahlen vernichtend geschlagenen Deutschnationalen die Steigbügel gehalten, damit sie sich wenigstens kommunalpolitisch wieder in den Sattel setzen können. Sie konnten das nur durch eine gleichzeitige, ebenso schroffe wie sachlich unbegründete Brüskierung der Sozialdemokratie erzielen. Aber das war anscheinend eine Konsequenz ihres Zusammenschlusses mit der Deutschen Volkspartei zu einer „Arbeitsgemeinschaft". Aehnliches scheint sich jetzt auch in Göppingen anzubahnen, wo der Oberbürgermeister in der letzten Gemeinderatssitzung Kenntnis davon gab, daß sich die demokratischen und volksparteilichen Gemeinderäte zu einer „Fraktion der allgemeinen bürgerlichen Vereinigung" zusammengeschlossen haben.

Christlich-soziales Parteiheer.

Tränengas gegen die Arbeiter.

Wien, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat schilderte Abg. Dr. Deutsch (Soz.) den Mißbrauch des Heeres durch den Minister Vaugoin und seine Leute zu christlichsozialen Parteizwecken. Verdiente Offiziere werden aus dem Heere hinausgekelt, wenn sie nicht christlichsozial sind, während Protektionskinder befördert werden. Deutsch erklärte weiter, daß die Heeresverwaltung aus Deutschland 50 Kilo chemische Stoffe zur Herstellung von Tränengas bezogen habe, und zwar um gegen den inneren Feind zu rüsten. In einer Wiener Kaserne hat der Brigadepfarrer kürzlich einen Vortrag gehalten, in dem er u. a. auch über den Anschluß sprach und ausführte, man müsse sich genau ansehen, an wen man sich anschließe. Nach einer Statistik seien in Deutschland unter drei Soldaten zwei geschlechtskrank; er sei daher gegen den Anschluß.

Die Erpressungen des Zeitungsverlegers

Herr Anquetil enthüllt seine eigenen Opfer.

Paris, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Die Serie der sensationellen Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter im Skandal der „Gazette du Franc" wird zurzeit durch eine Extrasensation unterbrochen, die Frau Hanau und Herr Anquetil, der gefangene Direktor der „Rumeur", dem Pariser Publikum bereiten, damit es nicht müde wird. Frau Hanau, die vor ein paar Tagen in eine Art Proteststreik eingetreten ist, weil sie nicht genügend mit ihren Anwälten sprechen darf, bemüht sich zurzeit, Herrn Anquetil als gemeinen Erpresser zu entlarven, während dieser — auch nicht faul — sich kräftig an der Entdeckung von Erpressern zu beteiligen wünscht. Frau Hanau hatte bereits vor einiger Zeit zur Unterstützung ihrer Klage eine Liste von Personen eingereicht, die Anquetil erpreßt habe. Sie hat nunmehr eine neue Liste von Opfern Anquetils abgegeben, auf der hauptsächlich Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft verzeichnet stehen. Anquetil seinerseits überreichte dem Untersuchungsrichter, um jede Unklarheit zu beseitigen, ein Verzeichnis der von ihm erpreßten Persönlichkeiten, sogar unter Angabe von Gründen der Erpressung, und ob er von den Betreffenden freiwillig oder unfreiwillig Geld erhielt.

Der Streit in der Heilsarmee.

Die Klage von General Booth vor Gericht.

London, 25. Januar.

Das Gesuch des langjährigen Führers der Heilsarmee, Generals Bramwell Booth, es möge dem Hohen Rat der Heilsarmee untersagt werden, ihn abzusetzen und an seiner Stelle einen Nachfolger zu ernennen, war heute wiederum Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung von neuem zu vertagen, und zwar bis zum Donnerstag der nächsten Woche. In einer Ansprache an die Verteidiger gab der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß es im Interesse des Ansehens der Heilsarmee den Parteien inzwischen gelingen werde, ihre Meinungsverschiedenheiten auf außergerichtlichem Wege beizulegen.

Der Bombentod von Peschawar.

Zwei Piloten vorläufig verhaftet.

Peschawar, 25. Januar.

Einer der am Donnerstag durch den irrtümlichen Abwurf einer Flugzeugbombe verletzten indischen Soldaten — der vierzehnte — ist nachträglich seinen Verwundungen erlegen. Zwei weiteren Schwerverletzten wurden beide Beine abgenommen, und es besteht nur geringe Hoffnung, sie am Leben erhalten zu können. Die Abteilung indischer Kavallerie soll vor der Gefahr, der sie sich durch Kreuzen des Abwurffeldes aussetzte, gewarnt worden sein, trotzdem aber der Führer den Ritt über das Feld angetreten haben. Es scheint nun, daß die Insassen des Flugzeuges die weiß uniformierten Reiter mit dem Zielobjekt verwechselt haben, das aus Erde und weiß getünchten Steinen bestand. Zwei Militärflieger sind im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit vorläufig in Haft genommen worden.

Wegen Horthy-Beleidigung wurde in Budapest der Kunstgewerbler Karl Leitner aus Würzburg zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Er hatte sich mit Nervosität und Trunkenheit entschuldigt.

Die Ehrenpension für Dr. Hainisch (12 000 Schilling = 7200 M. jährlich) ist vom Nationalrat einstimmig angenommen worden.

Neue Panzerkreuzer auch in Italien. In der letzten Sitzung des italienischen Ministerrats wurde der Bau von zwei Kreuzern zu je 10 000 Tonnen, von zwei Torpedobootern, von vier Torpedobootszerstörern und von fünf Unterseebooten beschlossen. Mit dem Bau der Schiffe wird im Juni begonnen werden.

Landeshauptmann Leser-Burgenland und Prof. Eitner von der Landesregierung hatten in Berlin bei zahlreichen Empfängen Gelegenheit, führende Persönlichkeiten aller Gebiete zu sprechen.

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Produktionssteigerung trotz Arbeiterabbau.

Die am Freitag in Berlin eröffnete Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands leitete der Verbandsvorsitzende Friedrich Husemann durch einen Rückblick über die gesamtwirtschaftliche und kohlenwirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres ein. Das Jahr 1928 nannte er das Jahr der Tagungen. Auf großen Unternehmerkongressen, wie auch auf Veranstaltungen von angesehenen wirtschaftlichen und juristischen Vereinigungen stand die Frage des Wirtschaftssystems und seine Entwicklungstendenzen im Mittelpunkte der Erörterungen.

Auch die Sozialistische Arbeiter-Internationale in Brüssel und vor allem der Gewerkschaftskongreß in Hamburg, der ein wirtschaftliches Aktionsprogramm der freien Gewerkschaften unter dem Sammeltitel „Wirtschaftsdemokratie" aufstellte, nahmen die durchorganisierte gebundene Wirtschaft zur Grundlage ihrer Beschlüsse. Was in Hamburg als allgemeine Forderung erhoben wurde, ist in feste Formen zu kleiden, eine der Aufgaben, die wir schon tatkräftig in Angriff genommen haben, nämlich einen

Ausbau der Kohlen- und Gemeinwirtschaft.

Den Bergarbeitern fällt in diesem Aktionsprogramm eine besonders schwierige Rolle zu, weil sie bereits einen Einfluß auf die Führung der großen bergwerklichen Organisation auszuüben vermögen.

Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhange, daß dieser Vorstoß nicht nur auf eine Reform des Kohlen- und Kaliwirtschaftsgesetzes abzielen dürfe, sondern auf der ganzen Linie unternommen werden müsse, damit unser Einfluß auf das Gesamtpreisniveau wachse und Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden, die sich daraus ergeben, daß wir im Rahmen einer noch kapitalistischen Wirtschaft eine gemeinwirtschaftliche Insel darstellen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, sind die Bestrebungen,

auch die Eisenwirtschaft

ähnlichen Bindungen zu unterwerfen wie in der Kali- und Kohlenwirtschaft, zu begrüßen. Mit unserem Einfluß wächst allerdings auch unsere Verantwortung. Die Geschäftspolitik der großen Kohlenkartelle steht in verstärktem Maße unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung. Der Einfluß, den wir dort auszuüben vermögen, muß stets so gerichtet sein, daß wir diese nicht zu scheuen brauchen. Von diesem Bewußtsein war ja auch unsere Stellungnahme zu der Verkaufspolitik des größten deutschen Kohlensyndikats, des Rheinisch-Westfälischen, diktiert. Wir können es nicht verantworten, daß der ausländische Kohlenkonsument deutsche Bergbauprodukte zu einem erheblich niedrigeren Preise bekommt als der Inlandverbraucher. Ebensowenig können wir als die größte deutsche Bergarbeitergewerkschaft anderen bergbautreibenden Ländern einen Vorwand geben, sich zum Schutze der deutschen Konkurrenz mit Kohlenzöllen zu bewappnen. Wenn auch taktische Maßnahmen ihre Rechte erforderten und die Linie des Grundsätzlichen nie so gerade verläuft, wie wir es gern wünschen, so darf doch keine Maßnahme, die wir treffen, unserer grundsätzlichen Stellung: eine

wirtschaftliche Verständigung der Völker,

entgegenstehen. Zum Reparationsproblem führte Husemann aus, daß eine Aufhebung des Transferschutzes nur dann von uns ertragen werden kann, wenn die Summen, die man von uns verlangt, derart herabgesetzt werden, daß keine Gefahr für die deutsche Währung entsteht. Eingehend auf die Bergbaukonjunktur des vorigen Jahres führte der Redner aus: In den ersten elf Monaten des Jahres 1928 wurden im Deutschen Reiche nicht ganz 1 Prozent weniger Kohlen gefördert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dagegen ist die Kokserzeugung um 6 Prozent und die Braunkohlengewinnung um 11 Prozent gestiegen, während die Brikettherzeugung ungefähr den gleichen Stand beibehielt. Dabei wurden im Ruhrgebiet im Laufe des Jahres **rund 31 000 Bergarbeiter abgebaut** und auch im niederschlesischen Gebiet Einschränkungen vorgenommen. Die geringfügigen Belegschaftsauffüllungen in Oberschlesien, Sachsen und Aachen stehen zu diesem Abbau in gar keinem Verhältnis. Gleichbleibende Produktion — sinkende Belegschaft: darin drücken sich

die gewaltigen Rationalisierungserfolge

aus, die der deutsche Bergbau auch im vergangenen Jahre zu verzeichnen hatte. Dafür zu sorgen, daß sie dem Arbeitszeit- und Lohnkonto des Bergmannes gutgeschrieben werden, wird unsere Hauptaufgabe als Bergarbeitergewerkschaft sein. Der Kalibergbau kann auf das Jahr 1928 als einem Jahr der Glanzkonjunktur zurückblicken. Nicht nur in den stark gestiegenen Absatzziffern des Syndikats, sondern auch in der Höhe der von den Werken ausgeschütteten Dividenden und dem Kursstand der Kaliwerke prägten sich diese aus. Der Erzbergbau hatte in verstärktem Maße mit Schwierigkeiten zu rechnen, die vornehmlich durch die Aussperrung der westdeutschen Metallarbeiter verursacht wurden. Auch im Ruhrbergbau machten sich die Folgen des damaligen Arbeitskampfes sehr unangenehm bemerkbar. Ihre Schwierigkeiten wurden noch dadurch vergrößert, daß nur ein Teil der Ruhrbelegschaft, die Bergarbeiter der Konzernzechen, die ganze Last der Feierschichten zu tragen hatte.

Besonders eingehend behandelte der Redner

die Notlage im Saargebiet,

wo es aller gewerkschaftlicher Kraft bedarf, um der dortigen politischen Zentralgewalt wieder und immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß die Gewerkschaften und niemand anders die Treuhänder der Arbeitskraft sind. Das Verständnis, das dort den berechtigten Forderungen und Wünschen entgegengebracht wird, ist noch viel geringer als bei unseren heimischen Industriellen, die schon, wie das abgelaufene Jahr gezeigt hat, kein Mittel scheuen, um sich sozialen Verbesserungen und Wünschen entgegenzustemmen. Das kommende Jahr wird uns keineswegs weniger schwierige Aufgaben zu lösen aufgeben als das Jahr 1928. Gelingen wird die Lösung nur, wenn eine geeinte Bergarbeiterschaft — in starken Organisationen zusammengeschlossen — sie will und durchzusetzen versucht.

Das Arbeitsschutzgesetz im Reichstag.

Reichsregierung für Reichsratsbeschlüsse?

Die Arbeitsschutzgesetzvorlage wird kaum vor Ostern in der Ausschußberatung des Reichstags verabschiedet werden können. Die bedenklichen Verböserungen, die die Vorlage im Reichsrat erfuhr, werden scharfe und zeitraubende Kämpfe hervorrufen. Diese Kämpfe sind unvermeidlich, nachdem, wie wir hören, die Reichsregierung trotz der Verschlechterung der Vorlage im Reichsrat von einer Doppelvorlage abgesehen hat.

Streik im Walzwerk Hennigsdorf.

Im Feinblech-Walzwerk des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf ist am Mittwoch ein ernster Konflikt ausgebrochen. Die Direktion mutete der Belegschaft einen Abbau der Akkordpreise zu, teilweise bis zu 30 Prozent. Dieses Ansinnen wies die Arbeiterschaft einmütig zurück. Die Direktion behauptet, zu dem Abbau berechtigt zu sein, weil sie technische Verbesserungen eingeführt habe, die es ermöglichten, in der gleichen Zeit mehr Arbeit zu leisten als bisher. Das trifft jedoch nicht zu und wird von der Belegschaft bestritten. Die Mehrproduktion in den letzten Monaten war darauf zurückzuführen, daß die Firma infolge des Ruhrkonfliktes stark mit kurzfristigen Aufträgen versehen war und die Belegschaft bis zum äußersten anspannte. Solche außergewöhnlichen Leistungen von den Arbeitern dauernd zu verlangen, ist einfach unverständlich. Nach mehrmaligen ergebnislosen Verhandlungen mit der Direktion, die zu keiner Verständigung führten, legten am Mittwoch rund 300 Mann der Belegschaft, das ist die gesamte Arbeiterschaft des Feinblech-Walzwerkes, die Arbeit nieder. Die Streikenden sind entschlossen, den Kampf solange zu führen, bis die Direktion ihren Lohndruck aufgibt.

Die Berliner Rohrleger kündigen.

Am Donnerstag abend nahmen in stark besuchter Versammlung im Gewerkschaftshaus die Rohrleger zur Frage der Kündigung des Lohn- und Manteltarifs Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, das Lohnabkommen zum 1. April und den Manteltarif zum 1. Juni zu kündigen.

Die Versammelten waren der Auffassung, daß der Manteltarif stark verbesserungsbedürftig sei, vor allem was die Regelung des Urlaubs, der Akkordarbeit und der Arbeiten bei Hochbauten betrifft. In der Lohnfrage wurde die Meinung vertreten, daß für alle Kategorien eine Lohnerhöhung von 25 Pfg. pro Stunde verlangt werden müsse. Sehr stark kritisiert wurde, daß noch auf vielen Baustellen zahlreiche Ueberstunden gemacht werden, trotz der großen Arbeitslosigkeit, und daß sich auch noch Rohrleger und Helfer dazu hergeben, unter den tariflich vereinbarten Löhnen zu arbeiten.

Der Unfallteufel im Film.

Der Reichsarbeitsminister hat einige Behörden und Pressevertreter eingeladen, sich am 30. Januar und 1. Februar ab 17 Uhr im Deutschen Arbeitsschutzmuseum, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, einige Filme vorführen zu lassen, die die Unfallgefahr und vorbeugende Unfallbekämpfung in gewerblichen Betrieben zeigen. Der Film ermöglicht es technisch, die Gefahrenmomente im täglichen Werksleben des Arbeiters lebendig wiederzugeben. Nichts kann die filmische Darstellung an Stärke des Eindrucks und der Lehrhaftigkeit erreichen.

Der gegenwärtige Zeitpunkt, kurz vor Beginn der Reichsunfallverhütungswoche (24. Februar bis 3. März) erscheint besonders geeignet, durch diese Vorführungen im Deutschen Arbeitsschutzmuseum die Oeffentlichkeit auf die wichtige Aufgabe des Filmes im Dienst der Unfallverhütung hinzuweisen. Man hofft, Erfahrungen dabei zu gewinnen, die der Herstellung von Filmen zugutekommen, die auch in die Programme der öffentlichen Lichtspieltheater gern aufgenommen werden.

Wer ist Paul Merker?

Wir können diese Frage jetzt noch etwas deutlicher beantworten als im „Vorwärts" vom 24. Januar. Der Ruhrkampfstratege Paul Merker war so freundlich, uns in der „Roten Fahne" vom Freitag weiteres Material zu liefern, das ihn in seiner ganzen „Charaktergröße" beleuchtet. Sein über eine Spalte langer Rechtfertigungsartikel ist uns nur eine Bestätigung dessen, was wir von diesem Helden behauptet haben. Merker habe bis zum Jahre 1919 nicht einer gelben Gastwirtsangestelltenorganisation angehört, sondern, wie er sich rühmt, hat er sogar zwei gelben Organisationen angehört. Er war also bis zum Jahre 1919 ein ganz besonders seltenes Exemplar Harzer Roller.

Als er schließlich im Jahre 1919 in Dresden den Weg zum freigewerkschaftlichen Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten fand, war er so „vorsichtig", die Brücken hinter sich nicht abzubrechen: er blieb daneben noch Mitglied der beiden gelben Verbände. Diese dreifache Organisationszugehörigkeit stellt Herr Merker als ein besonderes Stück „revolutionären Klassenkampfes" hin. Auf die Rolle, die Merker bei dem Streik der Dresdener Gastwirtsgehilfen gespielt hat, werden wir gelegentlich zurückkommen. Richtig ist, wenn dieser unentwegte Klassenkämpfer schreibt, daß den Berliner Gastwirtsgehilfen seine Tätigkeit im großen Streik 1921 zur Genüge bekannt sei. Allerdings! Nicht nur vielen Berliner Gastwirtsangestellten und Funktionären, auch einer Anzahl Unternehmer ist bekannt, daß Merker damals die Absicht hatte, eine „Bezirksorganisation zu gründen, um mit den Unternehmern einen Bezirkstarif abzuschließen zu den von ihnen diktierten Bedingungen. Seine gegenteilige Behauptung ist falsch, und eine ganz freche Lüge ist seine Angabe, daß er die 17 000 Mark satzungswidriger Unterstützungen unter Billigung des Kassierers Warnat ausgezahlt habe. Im Gegenteil, wegen der von ihm unrechtmäßig ausgezahlten 17 000 Mark ist es zwischen ihm und dem Kassierer Warnat zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, wie auch mit der gesamten Ortsverwaltung des Zentralverbandes. Unwahr ist auch die Behauptung Merkers, daß er sich zur Rückerstattung dieser 17 000 Mark bereit erklärt habe, die damals nicht 60 Goldmark bedeuteten, wie er behauptet, sondern etwa 550 bis 600 Goldmark.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten würde wahrscheinlich heute noch zufrieden sein, wenn er die von Merker damals verschleuderten Verbandsgelder zurückbekommen würde. Glatt aus den Fingern gesogen ist auch die Behauptung, daß im Bezirk I während des Streiks 1921 sogar 80 000 Mark unrechtmäßig ausgezahlt worden seien. Selbst wenn es der Fall wäre, würde das für Merker keine Entschuldigung sein.

Worauf es ankam, war zu zeigen, wie ein kommunistischer Gewerkschaftsstratege geworden ist. Die Arbeiterschaft muß es ablehnen, sich von Leuten wie Merker dirigieren zu lassen, die mehr als einmal ihre gewerkschaftliche Unfähigkeit bewiesen haben und sich nun als richtiggehende „revolutionäre" Führer aufspielen.

Textilarbeiterstreiks in Ostsachsen.

Dresden, 25. Januar.

In Kamenz sind die Weber sämtlicher Tuchfabriken in den Ausstand getreten. Auch in Großröhrsdorf haben die Arbeiter verschiedener Betriebe die Arbeit niedergelegt.

Konflikt in der württembergischen Metallindustrie.

Stuttgart, 25. Januar.

Nachdem bereits am Donnerstag zwischen den Metallindustriellen Württembergs und den Gewerkschaften ergebnislose Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens geführt worden waren, fanden Freitag nachmittag unter dem Vorsitz des Schlichters für Südwestdeutschland, Dr. Kimmich-Karlsruhe, die Vorverhandlungen zur Lösung des Lohnstreites in der württembergischen Metallindustrie statt. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Schlichtungskammer für Montag vormittag zu neuen Verhandlungen einberufen.

Englische Arbeitslose auf dem Marsch.

Von Glasgow nach London.

London, 25. Januar.

Die Arbeitslosen in England haben erneut geplant, bei der Regierung vorstellig zu werden. Viele Arbeitslose haben sich zu Fuß nach London in Marsch gesetzt, um den Widerruf des Arbeitslosengesetzes vom vergangenen Jahre zu verlangen.

Der Vollzugsrat der Gewerkschaften hielt am Mittwoch in London eine Sitzung ab. Der Generalrat kam auf Grund des Berichtes des gemeinsamen Ausschusses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu der Ueberzeugung, daß die Ausarbeitung eines bestimmten Planes für die Lösung der Arbeitslosenfrage gegenwärtig noch nicht möglich sei. Der Generalrat hoffe aber, daß ihm bei der entscheidenden Tagung eine Denkschrift zu dieser Frage vorliege.

Von Glasgow aus sind trotz gegenteiliger Ermahnungen des Generalrates 200 Arbeitslose nach London marschiert.

In Oesterreich wurden Mitte Januar 1929 228 386 unterstützte Arbeitslose gezählt; rund 26 000 mehr als am 31. Dezember 1928. Zu den unterstützten Arbeitslosen kommen etwa 35 000 Arbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen.

SPD.-Holzarbeiter, Südwesten und Schöneberg. Versammlung am Sonntag, dem 27. Januar, 10 Uhr, bei Schult, Marienbrder Str. 5.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltung: **Ostkreis und Kreis Oberspree:** Wochenendkursus in der Jugendherberge Hüdersdorf. Thema: „Wirtschaftsdemokratie". Treffpunkt um 19 Uhr am Schlesischen Bahnhof (Briesener Bahnsteig). Unkostenbeitrag 1 M. Die Sonntagfahrer treffen sich um 7 Uhr an der gleichen Stelle.

„Käthe Kollwitz und ihr Werk".

Lichtbildervortrag der Freien Gewerkschaftsjugend Berlin am Sonntag, dem 3. Februar, um 18 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses, Königstraße. Vortragender Dr. Klaus Berger. Unkostenbeitrag 25 Pfennig.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Sonnabend, ab 20 Uhr, Volkstanzkursus im Jugendheim Lebetor Straße 18—19, Hofgebäude. Jedes interessierte Mitglied ist willkommen. — Morgen, Sonntag, 27. Januar, 19½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, ein **Jugend- und Elternabend** statt. Zur Aufführung gelangt das Schwankspiel von Osterroth. Anschließend Musik und Volkstänze. Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. S. Löscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen".

ADLER STANDARD 6
Die preiswerteste 6–7-sitzige 12/50 PS
Qualitäts-Pullmann-Limusine der Welt!
Ganzstahl-Karosserie edler Linie!
RM. 8650.- ab Werk!
Ueberall vertreten.
Adlerwerke
Berlin:
Telefon: Unter den Linden 12/13
Bergmann 7000 / Belle-Alliancestrasse 6

30000 Wohnungen werden gebaut

Das große Wohnungsbauprogramm der Stadt Berlin beschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung kam gestern zu einem endlichen Beschluß über das vor sechs Wochen vom Magistrat vorgelegte große Programm zusätzlichen Wohnungsbaues in den Jahren 1929 bis 1932. Außer den jährlich 20- bis 24 000 Wohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln gebaut werden können, sollen aus Mitteln der Stadt noch 30 000 Wohnungen, auf einen Zeitraum von vier Jahren verteilt, gebaut werden. In der Debatte erinnerte unser Genosse Gutschmidt daran, daß in der Berliner Stadtverordnetenversammlung der erste zu einer solchen Wohnungsbautätigkeit der Stadt aufrufende Antrag von der sozialdemokratischen Fraktion ausging und schon im Jahre 1924 gestellt wurde. Gutschmidt schlug den Deutschnationalen eine Rede ihres Dr. Steiniger um die Ohren, der im Frühjahr 1925 sich wirklich nicht als besonderer Förderer städtischer Wohnungsbautätigkeit erwies. Herr Dr. Steiniger zog es vor, zu dieser Festnagelung zu schweigen.

•

Die Versammlung setzte zunächst die zweite Beratung des

Wohnungsbauprogramms 1929 bis 1932

fort. Bekanntlich ersucht der Magistrat die Stadtverordneten um die Ermächtigung, neben den aus Mitteln der Hauszinssteuer zu erbauenden Wohnungen noch **jährlich 7000 bis 8000 Wohnungen mehr zu erstellen.** Der Magistrat und die Finanz-Deputation sollen zur Durchführung des Programms Bauanleihen aufnehmen, Miet-, Pacht- oder Nutzungsverträge abschließen dürfen, Bürgschaften für Hypotheken dritter Personen übernehmen und Zusatzdarlehen, Zins- und Mietsenkungszuschüsse gewähren können. — Der Ausschuß, über dessen Verhandlungen **Genosse Krille** Bericht erstattete, hatte beschlossen, eine gemischte Deputation einzusetzen, die die genannten Funktionen ausüben soll. Nach den Rednern der Deutschnationalen, der Demokraten und der Kommunisten, die bereits am Donnerstag sprachen, kam Stadtverordneter **Pfitzner** (Wirtsch.-P.) zum Wort, der für stärkere Heranziehung privater Bauunternehmer eintrat. Der Redner des Zentrums, **Treffert**, predigte Sparsamkeit, dann könne man mehr Wohnungen bauen.

Genosse Gutschmidt

stellte namens der sozialdemokratischen Fraktion mit Genugtuung fest, daß

keine der bürgerlichen Parteien die Ausschaltung der öffentlichen Hand beim Wohnungsbau verlangt

hat. Das sei eine Wandlung zugunsten unserer Grundsätze. Der Redner erwähnte die früher von den Sozialdemokraten eingebrachten Anträge zur Förderung des Wohnungsbaues und wie damals die bürgerlichen Parteien gegen diese Anträge, die nebenbei der Magistratsvorlage ähnlich sahen, sprachen und stimmten. Jetzt nennen sich alle möglichen Baugenossenschaften und „gesellschaften „gemeinnützig", ohne es in allen Fällen zu sein. Aber auch die Behörden gehen ganz willkürlich vor. So sei in neuester Zeit einer gemeinnützigen Genossenschaft vom Finanzamt **die Gemeinnützigkeit aberkannt worden, weil — die Genossenschaft zu hohe Löhne und Gehälter bezahle!** Ein Behördenvertreter mußte dann allerdings feststellen, daß die Löhne und Gehälter nur wenig über den geltenden Tarif gingen oder sogar nur die Tarifsätze ausmachten. Eine andere Genossenschaft nannte sich auch

gemeinnützig, obwohl vier Fünftel des Genossenschaftskapitals sich in Händen zweier Bauunternehmer befanden.

Massenhaft sitzen in den Aufsichtsräten Bauunternehmer und Handwerksmeister. Gutschmidt polemisierte dann gegen einen demokratischen Antrag. Für die Sozialdemokratie stehe der Wohnungsbau durch die öffentliche Hand an erster Stelle, ein Zurück in die Zustände der Vorkriegszeit mit den Sünden des damaligen Kommunalfreisinns beim Wohnungsbau gibt es nicht mehr! (Bravo bei den Soz.)

In der Abstimmung wurde die Vorlage nach dem Ausschußbeschluß angenommen.

Dann wurde die

Aussprache über den Etat

fortgesetzt. Der Demokrat **Merten** polemisierte gegen den Finanzausgleich, das heißt die Zuweisung von Mitteln durch Reich und Länder; er nannte ihn ungerecht. Solange bei dem Finanzausgleich die Gemeinden und Berlin notleiden, solange müssen sie die ihnen verbliebenen Steuern anspannen, um zu ihrem Recht zu kommen. Die Gewerbesteuer sei so hoch, daß ein ehrlich deklarierender Gewerbetreibender sich kaum noch behaupten kann. Merten bezeichnete die weltliche Schule nicht als das Ideal der deutschen Gemeinschaftsschule. In bezug auf die außerordentlich forcierten Verkehrsbauten mahnte der Redner zur Vorsicht. Der Redner sagte gründliche, wohlwollende Ueberprüfung der Etatposten zu.

Stadtverordneter **Schwarz** (Dtn. Vp.) erklärte sich mit den Ausführungen des Kämmerers zufrieden. An eine Steuererhöhung sei nicht zu denken. Handel und Wandel blüteten genug, für eine Ausdehnung der Gewerbesteuer auf städtische Gesellschaften und Konsumvereine trete er, Redner, jederzeit ein. Mit dem Kämmerer sagte der Redner: „Nicht Wohnungsbau um jeden Preis!" Zurückhaltung in der Grundstückspolitik sei nötig. Beim Ausbau des Verkehrswesens muß sich das Geld verzinsen. Schwarz meinte dann, daß er sich

„republikanische Beamte" nicht vorstellen könne.

(Hört, hört! bei den Soz. und in der Mitte.) Früher hätte er jedenfalls **nichts von „monarchistischen" Beamten gehört.** (Lebhafte Heiterkeit.) Wo bleibt die vom Oberbürgermeister propagierte Reform von Groß-Berlin? Hat er vor dem Willen der sozialistischen Würdenträger den Degen eingezogen? (Bewegung.) — Schließlich kamen noch die Redner der Wirtschaftspartei, **Kinscher**, und des Zentrums, **Lange**, zum Wort.

Um 9.15 Uhr kündet der Vorsteher noch Reden der Stadtverordneten Danicke (deutsch-völkischer Fraktionsmischmasch) und Frau Wiegmann (USPD.) mit je einer halben Stunde Redezeit an. Danicke erhält das Wort, die im Saal befindlichen 30 Stadtverordneten folgen lebhaft seinen Ausführungen, sofern sie nicht in freundschaftlichen Privatgesprächen beisammen sitzen. Und das ist entschieden die Mehrheit!

Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadtverordneten Lange (KPD.) wurde schließlich der Etat dem Haushaltausschuß überwiesen.

Balneologische Jubiläumstagung.

Reichsminister Wissell hält die Festansprache.

Die zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Balneologischen Gesellschaft (Balneologie = Wissenschaft von den Bädern und ihren Heilwirkungen) am Freitag im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene balneologische Tagung, die aus ganz Deutschland und dem übrigen Europa beschickt ist, wurde von einer zahlreichen Zuhörerschaft, unter der sich neben Vertretern der Reichsministerien, der Länderregierungen, der Stadt Berlin auch zahlreiche Vertreter ausländischer Behörden befanden, namens der Reichsregierung durch eine Ansprache des Reichsarbeitsministers Wissell eröffnet. Der Reichsarbeitsminister betonte die große und wachsende wissenschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Bädermesens und stellte deren enge Verbundenheit mit der deutschen Sozialpolitik fest. Im Jahre 1927 seien im Bereiche der ihm unterstehenden Sozialversicherung und der Kriegsbeschädigten-Versorgung bereits 320 000 Kuren in Bädern gewährt worden.

Vernehmung des jungen Friedländer.

Eine unbegreifliche Tat.

Der jugendliche Attentäter aus der Passauer Straße, Manasse Friedländer, der seinen Bruder Waldemar und dessen Freund Tibor Földes durch Revolverschüsse in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag getötet hatte, wurde am Freitag dem zuständigen Polizeiamt Charlottenburg zugeführt und dort eingehend über seine Tat und ihre Motive vernommen. Friedländer blieb trotz der Vorhaltungen der Kriminalbeamten dabei, daß er sich in Notwehr befunden habe. Gegen ihn spricht allerdings, daß der Anlaß zu dem Streit recht geringfügiger Natur gewesen ist und daß er sich von seinem Bruder Waldemar und dessen Freund Tibor, die ohne Waffen waren, unmöglich eingeschüchtert und angegriffen fühlen konnte. Hinzu kommt, daß die Leichenschau die auffallende Tatsache ergeben hat, daß seinem Bruder Waldemar der tödliche Schuß von hinten in den Kopf gedrungen ist, während Tibor Földes durch einen Brustschuß von vorn getötet worden ist. Völlige Klarheit über diese Widersprüche in dem Tatbestand und den Angaben des Täters wird erst die bereits angeordnete Obduktion der Leichen durch die Gerichtsärzte bringen. Die schwergeprüften Eltern des jugendlichen Täters stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß ihr Sohn Manasse schon seit längerer Zeit ein seltsames und verschlossenes Wesen zur Schau getragen habe und daß seine unselige und psychologisch unbegreifliche Tat nur auf eine momentane Geistesstörung zurückgeführt werden kann. Sie haben den Berliner Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt mit der Verteidigung ihres Sohnes beauftragt. Im Einverständnis mit den Eltern wird die Verteidigung auch vorläufig von der Stellung eines Haftentlassungsantrags Abstand nehmen, da mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß der junge Friedländer, nachdem die natürliche Reaktion nach der Tat bei ihm eingetreten ist, Selbstmord verüben könnte. Nach Abschluß der polizeilichen Vernehmungen wird F. als Untersuchungsgefangener nach Moabit übergeführt werden.

Obergefreiter Dumberth schwer belastet.

Lokaltermin im Nedlitzer Wald.

Am Freitag vormittag traf das Potsdamer Schwurgericht im Nedlitzer Wald bei Potsdam ein, um einen Lokaltermin an der Mordstelle abzuhalten. Es fand zuerst eine Besichtigung des Bootshauses statt, in welchem der ermordete Obergefreite Herbert Gelfert gewohnt hat. Im tief verschneiten Wald wurde die Tat von dem angeklagten Obergefreiten Ludwig Dumberth ohne die geringste Erregung demonstriert. Die Berliner Mordkommission unter Führung von Kriminalkommissar Lipik, der seinerzeit die Ermittlungen geführt hat, war auch zu dem Lokaltermin erschienen. Um 11 Uhr traf das Gericht wieder in Potsdam ein.

Im Laufe des Nachmittags traten mehrere Kameraden im Schwurgerichtsprozeß gegen den Obergefreiten Dumberth auf, die den Angeklagten schwer belasteten. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte sich schon vor der Tat ein Alibi genau zurechtgelegt hatte. Danach scheint er die Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt zu haben. Die Oberschwester des Potsdamer Kameradschaftsheims hat dem Angeklagten für mehrere hundert Mark Waren in Kommission gegeben, die er in der Militärschwimmanstalt verkaufen sollte. Sein Konto war stark belastet, und am 1. Oktober, am Mordtage, vormittags um 10 Uhr, mahnte die Oberschwester telephonisch um Bezahlung. Dumberth erklärte: Ich komme mittags bezahlen. Um 3 Uhr erschien er im Kameradschaftsheim und bezahlte 140 M. Schulden. Es war das Geld des ermordeten Gelfert, welches er dem Toten drei Stunden vorher abgenommen hatte. Die Vorgesetzten schildern den Verstorbenen als einen äußerst sparsamen und ernsten Menschen. Dagegen war der Angeklagte ein Schuldenmacher, aber ein vorzüglicher Sportsmann.

Die Verhandlung wird sich bis zum Montag ausdehnen. Die Braut des ermordeten Gelfert erschien in Trauer. Auch sie schildert den Verstorbenen als treuen und ehrlichen Mann.

Der Aufruhr des schlafen Calm

7]

Roman einer Revolution. Von Gerhart Herrmann Mostar

3. Der Ritter vom Pfuhl.

Drunten, an der Saale, als auch die besten Läufer der Bernburger Gassenjugend erschöpft zurückgeblieben waren, blies Trosegk das Sammelsignal. Die dreißig Rotröcke sprangen von ihren Pferden, die den Galopp noch nicht vergessen konnten und leise auf der Stelle stampften.

„Fuchswahl!" rief Kersten.

„Wie wählt man hierzulande den Fuchs?" fragte die Herzogin, deren herbe Stimme immer etwas schrillte, wenn sie lustig war. Sie war die einzige Frau der Kavalkade.

„Durch das Los, Durchlaucht!"

„Mein Gott, wie umständlich!" Friederike machte eine künstliche Atempause, um ihre ausgelassene Lüge herauszubringen. „Bei uns in Dänemark bestimmt die Königin den Fuchs!"

„Wie Durchlaucht befehlen!" beeilte sich Kersten. „Wollen Durchlaucht nur wählen!"

Friederike blickte suchend über die devot schweigenden und starrenden Kavaliere. Einen Augenblick lang sah sie auf den jungen Freiherrn von Trosegk, der als einziger anscheinend Uninteressierter seinem Pferde mit etwas bäurisch schweren Bewegungen das Halfter ordnete. Dann aber trat sie plötzlich mit einem Fuß in den Steigbügel und rief, zum Aufspringen bereit: „Also — ich wähle mich!"

Erstaunt, bereits halb verletzt, bemerkte sie, daß der erwartete Jubel ausblieb. „Weshalb schweigt Ihr denn alle? Macht's euch keine Freude, eure Herzogin zu fangen?"

„Durchlaucht wollen bedenken —"

„Gar nichts will ich bedenken, Herr von Kersten! Heute gibt's nichts zu bedenken!"

„Durchlaucht kennen das Gelände nicht," tastete sich der in seinem Formenkult getroffene Ministerpräsident weiter. „Es gibt da viel Sumpf —"

„Giebt's in Dänemark mehr!" Friederike wurde immer ungeduldiger.

„Gewiß, Durchlaucht. — Außerdem läuft die Grenze gegen Anhalt-Cöthen durch die große Aue, und die diplomatischen Beziehungen zwischen Seiner Durchlaucht und seinem Herrn Vetter in Cöthen sind derzeit nicht so günstig, daß ein Grenzüberritt —"

„Hören Sie auf, Kersten!" In der Stirn der Herzogin stand eine Streitfalte. Es war immer gefährlich, die dänische Königstochter an die Enge dieses Staates von insgesamt 48 000 Seelen zu erinnern, der in zwei Stunden durchritten war. Sie sprang, sie warf sich fast auf ihr Pferd. „Also ich bin der Fuchs. Prittwitz, Sie dürfen mir das Tuch anheften! Eine halbe Stunde habe ich Vorsprung. Auf Wiedersehen, meine Herren!

Sie galoppierte schon auf ihrem Braunen, den sie immer etwas zu breit und zu knochig wähnte, den Weg hinab. Sie ritt sehr gut, in einer derbmännlichen Haltung, trotz des Damensattels. Das weiße Tuch, das ihr Prittwitz an die Schulter geheftet hatte, flatterte ihr nach wie ein silberner Falke. Das Robust-Mittelalterliche ihres Wesens wurde wieder sehr deutlich.

„Tja," sagte Kersten und kratzte sich hinter dem Ohr, als er sie nicht mehr sah. „Tja. Somit wäre ich also auch in Ungnade. Bin gespannt auf meinen Nachfolger, Ihr Herren. Durchlaucht wird noch manchen Minister verbrauchen!"

„— bis sie den findet, der Anhalt-Bernburg zum Kaiserreich macht!" ergänzte der spottlustige Prittwitz.

„Vielleicht bietet ihr das deutsche Volk die Krone an!" verulkte Millhoff die politischen Vorgänge.

Der kleine Gerbitz protestierte. „Kaum, wenn sie auf seinen Aeckern Fuchsjagden abhält!"

„Uebrigens," fistelte der immer gut unterrichtete Millhoff, der darauf rechnete, in Bälde zum Vertreter des erkrankten Justizministers bestellt zu werden, „haben Sie schon gehört, mit wem sie wegen des Ministerpostens unterhandelt?"

„Na . . .?"

Millhoff kostete die Spannung aus. „Sie erraten es nicht, meine Herren. Sie unterhandelt mit Herrn von Bismarck-Schönhausen."

„Was? Mit dem Randaleur des preußischen Landtages? Will sie uns also einen Preußen hersetzen?"

Gerbitz suchte abzulenken. „Gegen welches feindliche Ausland ist eigentlich der Wartturm da hinten gebaut?"

„Die Hohenerxlebener Warte? Lediglich gegen die annoch unerforschten Gebiete des Herzogtums Anhalt-Bernburg," krähte Millhoff und schielte nach dem noch immer mit seinem Pferde beschäftigten Trosegk.

„Unerforschte Gebiete . . .?"

„Jaja, mein Lieber! Dort stehen die Wigwams unserer Indianer!"

„Hugh! Von welchem Stamm bitte?"

„Vom edlen Stamm der Trosegk-Indianer. Sie halten an ihren alten Sitten fest trotz 1815, haben immer noch Leibeigene und schinden sie, haben sich neulich erst wieder energisch gegen den Bau einer Schule in Hohenerxleben gewehrt —"

„Natürlich," verteidigte sich jetzt der jeder Causerie ferne Trosegk in sachlichem Ton; „Wo sollen wir unsere Ochsenknechte hernehmen, wenn jeder Bauernlümmel gebildet wird?"

„Hat er recht," schnitt Kersten lachend die Entgegnung des Barons Prittwitz ab, der sich gern mit humanitären Ideen brüstete, „und die halbe Stunde ist um. Also auf die Gäule, meine Herren!"

Die Kavalkade sprengte los, vorläufig noch geschlossen auf dem Wege, bis die große Aue erreicht war. Der junge Trosegk setzte sich fortan an die Spitze, ohne die mißbilligenden Blicke der anderen zu beachten, und brachte etwa hundert Meter zwischen sich und den Trupp. Seine kalten, hellblauen Augen blickten scharf auf den Weg, auf die Hufspuren darin. Schon an der ersten Biegung, wo ein schmales Band Wald in die Wiesen lief, stutzte er; ließ dann sein Pferd noch fünfhundert Meter weiter laufen, setzte über den Graben ins noch kaum aufgrünende Gras und sprang ab. „Halfter gerissen!" rief er den hahnlachend Vorüberfegenden zu und grinste überlegen hinter ihnen her. Erst als sie sich weit in der Ferne zu zerstreuen begannen, nur winzige, sommerrote Falter schienen, allzu früh taumelnd über schwarzschollene Felder, saß er wieder auf und ritt bis zur Wegbiegung. Was er vorhin gesehen hatte, war jetzt von hundert Hufen verwischt; der tiefe Abdruck zweier Pferdefüße, die auf einen Sprung nach links gedeutet hatten. Aber er war seiner Sache sicher; gemächlich trabte er am Waldrand entlang.

Schon nach halbstündigem Reiten sah er den Fuchs: die Herzogin saß an einen Baum gelehnt, ihr Tier graste. Als sie den roten Frack sah, lief sie zu ihrem Pferde, saß auf, preschte davon; er gab die Sporen und sprengte nach; ganz nebenbei, ungewußt, hatte er den herbsinnlichen Eindruck des durchs Gras rennenden kräftigen Frauenkörpers aufgenommen; seinem Denken ging es nur um die Jagd.

(Fortsetzung folgt.)

Vierte Grüne Woche Berlin.

Zur Pressevorbesichtigung der „Grünen Woche Berlin", deren Eröffnung heute vormittag stattfindet, hatte gestern nachmittag das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin eingeladen. In einer Begrüßungsansprache behandelte der Direktor Dr. Schick das Wachstum der Grünen Woche, die Rationalisierung im deutschen Ausstellungswesen, den Rückbildungsprozeß, den weiteren Aufstieg der Berliner Fachausstellung und Fachmeßidee und die erneute unberechtigte Zurücksetzung Berlins bei Verteilung des Reichsmessezuschusses. Dann gab der Leiter der Ausstellung „Grüne Woche Berlin 1929", Hans Jürgen v. Hake, eine Einführung in den Aufbau der Grünen Woche. Sie stelle einen Rechenschaftsbericht der deutschen Landwirtschaft und Industrie dar. In ihr seien zahlreiche belehrende Sonderausstellungen, die im Zeichen der landwirtschaftlichen Selbsthilfe ständen, enthalten. Wir werden über die Eröffnungsfeier und die Ausstellung selbst noch berichten.

Aus dem dritten Stock abgestürzt —
und auf den Zaun gespießt.

Frankfurt a. M., 25. Januar.

Die 20 Jahre alte Verkäuferin Paula Himmelreich wurde letzte Nacht mit dem Rücken auf den Staketenspitzen des Vorgartens ihres Hauses aufgespießt aufgefunden. Sie konnte erst durch die herbeigerufene Feuerwehr aus ihrer fürchterlichen Lage befreit werden. Das Mädchen war aus dem dritten Stock des Hauses heruntergestürzt. Es starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Explosion einer Höllenmaschine.

Apolda, 25. Januar.

In der Wollwarenfabrik Schmieder ist gestern vormittag eine Höllenmaschine explodiert. Sie war in einem vom Postboten abgegebenen Päckchen enthalten, bei dessen Oeffnung die Explosion erfolgte. Ein Angestellter wurde im Gesicht schwer verletzt. Im Büreau wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

Genossin Marie Döring (8. Abt.) wird am 27. Januar 60 Jahre alt. Ihr Leben ist dem Kampf für die Gleichberechtigung der Frau gewidmet. Sie gehört zu dem kleinen Kreis derer, die unter der Führung Ottilie Baaders den ersten sozialdemokratischen Frauenabend in Berlin bildeten. Heute sind es über 100 Frauenabende in Berlin — der Erfolg der unermüdlichen Arbeit für die Partei, an der sie Zeit ihres Lebens teilgenommen hat.

Panik bei einem Kinobrand. In Tecuciu bei Bukarest entstand im Stadttheater während einer Kinovorführung Feuer. Unter den Zuschauern brach eine ungeheure Panik aus, sie drängten wild zu den Ausgängen. Frauen fielen in Ohnmacht, mehrere Personen wurden verletzt. Das Theater brannte völlig nieder.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Erweiterter Bezirksvorstand.

Sitzung heute Sonnabend, 26. Januar, pünktlich 18 Uhr, im Vortragssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen links.

7. **Kreis Charlottenburg.** Sonntag, 27. Januar, 10 Uhr, im Vortragssaal des Deutschen Krankenkassenhauses, Berliner Str. 137, Fortsetzung der Diskussion in der letzten Kreisvertreterversammlung. Auch Mitglieder haben Zutritt.

7. **Kreis Charlottenburg und Spandau.** Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, von 17—18 Uhr, im Jugendheim Rosinenstr. 4. Gelegenheit zum Kirchenaustritt.

20. **Kreis Reinickendorf.** Die nächste Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes findet am Dienstag, 29. Januar, im kleinen Sitzungssaal des Rathauses Wittenau statt.

Heute, Sonnabend, 26. Januar.

47. **Abt.** 19½ Uhr Vorstandssitzung beim Genossen Jacobi, **Köpenicker Str. 178.**

Frauenveranstaltungen.

7. **Kreis Charlottenburg.** Sonntag, 27. Januar, pünktlich 10 Uhr, **Besichtigung** des Schloß-Museums. Eintritt mit Führung 60 Pf.

Charlottenburg. 53. Abt. Alle Genossinnen beteiligen sich an der Museumsführung am Sonntag, dem 27. Januar. Treffpunkt pünktlich 10 Uhr am Eosanderportal des Schloß-Museums. — **54. Abt.** Sonntag, 27. Januar, vorm. pünktlich 10 Uhr, beteiligen sich die Genossinnen an der Besichtigung des Schloßmuseums. Treffpunkt gegenüber dem Denkmal. Eintritt mit Führung 60 Pf. — **55. Abt.** Sonntag, 27. Januar, Besichtigung des Schloß-Museums. Treffpunkt 10 Uhr Eosanderportal, gegenüber dem Nationaldenkmal. Eintritt mit Führung 60 Pf.

92. **Abt. Neukölln.** Mittwoch, 30. Januar, 19½ Uhr, bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Straße Ecke Weigandstraße, Frauenabend. Vortrag: der Genossin Dr. Hildegard Wegscheider, M. d. L., über: „Gesundheitliche Erziehung der Jugend".

Jungsozialisten.

Gruppe Charlottenburg. Montag, 28. Januar, Gedächtnisfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Rednerin: Dora Fabian.

Gruppe Schöneberg. Wochenendkursus: „Bürgerliche und proletarische Parteien" in der Jugendherberge Rüdersdorf. Treffpunkt 18¼ Uhr Bahnhof Schöneberg. Nachzügler Sonntag 7.20 Uhr ab Schlesischer Bahnhof.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Südwest. Rote Falken. Treffpunkt zur Fahrt nach Rüdersdorf, Sonnabend, 3 Uhr, Belle-Alliance-Straße Ecke Yorckstraße. Nachzügler 3½ Uhr Schlesischer Bahnhof, Glaskuppel.

Kreis Schöneberg. Rote Falken. Wir treffen uns zum Museumsbesuch am Sonntag, dem 27. Januar, pünktlich 12½ Uhr, am Kaiser-Wilhelm-Platz. Wir gehen ins Naturkundemuseum.

Spezialkursus für Musik. Nicht obligatorischer Uebungsabend über das bisher Durchgenommene am Montag, dem 28. Januar, 19½ Uhr, Neukölln, Rütli-Schule. Instrumente und Notenpapier mitbringen.

Kreis Wedding. Die für Sonntag vorgesehene **Filmveranstaltung** im „Alhambra", See- Ecke Müllerstraße, mußte umständehalber auf Sonntag, dem 3. Februar, verlegt werden. Die ausgegebenen Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

Geburtstage, Jubiläen usw.

2. Abt. Unserem lieben langjährigen Genossen Jakob Ege, Kolbstr. 18, zu seinem heutigen 70. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche. Wir hoffen, ihn noch recht lange in unseren Reihen zu finden.

19. Abt. Unserem lieben Genossen Gustav Krüger, Grünthaler Str. 7, zum 25jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

15. **Abt.** Unser Parteiveteran Richard Henkel, Ackerstr. 121, ist plötzlich verstorben. Ehre seinem Andenken. In seiner langen Parteizugehörigkeit war er stets einer der besten. Einäscherung Montag, 28. Januar, 16½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

48. **Abt.** Am 22. Januar verstarb unser langjähriger Genosse Oskar Nagel. Ehre seinem Andenken. Einäscherung am Montag, 28. Januar, 19½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

102. **Abt. Baumschulenweg.** Nach langer schwerer Krankheit verstarb im Alter von 22 Jahren unser Genosse Gerhard Buchow. Ehre seinem Andenken. Die Trauerfeier fand am Donnerstag, 24. Januar, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Achtung. Sozialistische Schülergemeinschaften! Die für heute abend von unberufener Seite einberufene Arbeitsgemeinschaft in der Schule Inselstraße ist keine Veranstaltung der Sozialistischen Schülergemeinschaften. Wir bleiben fern!

Heute, Sonnabend, 26. Januar, 19½ Uhr:

Köpenicker Viertel: Schule Wrangelstr. 128. Vortrag: „Kampf- und Volkslieder". — **Reinickendorf-Ost:** Die Teilnehmer zur Fahrt nach Tegdorf treffen sich 18 Uhr Bahnhof Schönholz, morgen Sonntag 8¼ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — **Neukölln** VI: 18 Uhr pünktlich Funktionärsitzung beim Genossen Neumann, Richardstr. 52.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Berufsschulversammlung im Heim Danziger Straße 62, B. 7. Es darf keiner fehlen! Das Tambourkorps tritt pünktlich 19½ Uhr im Heim. Morgen, Sonntag, fällt die „Kaisers-Geburtstagsfeier" aus. — Das Jugendamt Prenzlauer Berg veranstaltet morgen, Sonntag, 11 Uhr, in der Aula des Bezirksamtes Danziger Str. 65 eine Filmvorführung: „Wunder des Schneeschuhs". Eintritt 30 Pfennig.

Werbebezirk Lichtenberg: Heim Dossestr. 22. Werbebezirksvorstandssitzung.

SSG. Prenzlauer Berg: Heim Danziger Str. 62, B. 2, 20 Uhr. „Vortrag: „Das Ziel der Erziehung in der geschichtlichen Entwicklung".

Morgen, Sonntag, 27. Januar:

Werbebezirk Kreuzberg: Schulaula Diefenbachstr. 60, 19½ Uhr, **Musikabend.** Mitwirkende: Madrigalvereinigung des „Jungen Chors", Quartett der weltlichen Schule, Danziger Straße. Eintritt frei. Programm 40 Pf. 9½ Uhr im Heim Wassertorstr. 8, Delegiertenkonferenz. Zutritt nur gegen Ausweis und Mitgliedskarte.

Westen II: Fahrt. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Bülowstraße. — **Tempelhof:** Fahrt. Treffpunkt 8¼ Uhr Bahnhof Tempelhof. — **Neukölln** I: Treffpunkt zur Fahrt des Werbebezirks 7½ Uhr Reuter-Platz. — **Neukölln** III: Treffpunkt zur Fahrt des Werbebezirks 7½ Uhr Bahnhof Hermannstraße. Kosten 60 Pf. — **Neukölln** IV: Treffpunkt zur Fahrt des Werbebezirks 7 Uhr Bahnhof Hermannstraße. Kosten 60 Pf. — **Neukölln** V: Treffpunkt zur Fahrt des Werbebezirks 7¼ Uhr Bahnhof Neukölln. — **Neukölln** VI: Treffpunkt zur Fahrt des Werbebezirks 6 Uhr Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße. Kosten 30 Pf. — **Neukölln** VIII: Treffpunkt zur Fahrt des Werbebezirks 7 Uhr Reuterplatz.

Werbebezirk Neukölln: Werbebezirksreisefahrt. Treffpunkt **aller Gruppen** 12 Uhr Ihlandsee (Strausberg).

Die lustige Schneiderbude.

Weitere Zeugenaussagen im Sonnenburger Zuchthausprozeß.

Der vierte Verhandlungstag vervollständigte das traurige Bild von den Zuständen im Sonnenburger Zuchthaus. Der Aufmarsch der „Sträflinge" dauerte an. Die Verhandlung begann mit einem Antrage des Rechtsanwalts Themal, den wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Gefangenen Pollner auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Simulant oder Geisteskranker?

Als Pollner vorgeführt werden sollte, damit er über den Wachtmeister Uhlig seine Aussagen mache, erschien statt seiner ein Beamter und erklärte, Pollner weigere sich zu kommen; er habe Angst, das Gericht werde ihn totschießen, und er habe keine Waffe, um sich zu verteidigen. Dem Staatsanwaltschaftsrat Knobloch gelang es auf Veranlassung des Vorsitzenden, den Gefangenen in seiner Zelle zu beruhigen; er brachte ihn in den Saal, wo Pollner bleich und zitternd und verstört im Saal umherblickend, an der Seite neben dem Tisch Dr. Knoblochs stehen blieb und stotternd erklärte: Ich tu's nicht mehr, ich tu's nicht mehr, sie schlagen mich kaputt. (Er meinte damit die Beamten. D. Red.) Die ganze Nacht schreien sie vor meiner Zellentür: Schlagt den Hund tot! Paasch meinte dazu: Pollner verstellt sich ja hier nur, weil er Angst hat. „Mensch, sag's, wie es gewesen ist und keine Lügen", schrie er ihn an. Vorsitzender: Wollen Sie vielleicht lieber aussagen, wenn alle Beamten den Saal verlassen? Pollner (noch immer verstört): Was nützt denn das, sie erfahren es ja doch gleich und lassen ja nicht nach. So mußte der Zeuge abgeführt werden.

Dem Wachtmeister ein Mantel!

Zur Anklage gegen den Hauptwachtmeister Wiehle hatte sich wieder der Hauptbelastungszeuge Paasch zu äußern. Er erklärte, daß er im Auftrage des Oberwachtmeisters Naumann für Wiehle und einen anderen Hauptwachtmeister Mäntel ausgesucht habe. Diese Mäntel seien in einer Kiste in dem Gang zwischen den Arbeitszellen niedergelegt worden, damit die Beamten sie dort an sich nehmen könnten. Der Strafgefangene Grüning, der wegen schweren Einbruchdiebstahls eine fünfjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, bestätigte Paaschs Aussage. **Von 300 guten Mänteln des Reichswehrministeriums haben schließlich rund 90 gefehlt,** erklärte er. Vorsitzender: Wo sind sie denn alle geblieben? Zeuge Grüning (vielsagend lächelnd und achselzuckend): Die sind wohl nach und nach weggekommen, wir haben sie denn auch durch alte Mäntel ersetzt. Hauptwachtmeister Wiehle schlägt mit der Faust auf die Anklagebank: Es ist doch himmelschreiend, daß man sich hier etwas aufreden lassen muß. Nichts hat uns Naumann gegeben! In den Kisten und unter den Spinden haben wir aber später das verschiedenste Zeug gefunden. Paasch und Grüning lassen sich aber nicht irre machen. Der letztere erklärt: Naumann habe gesagt: Wir wollen den Hauptwachtmeistern Wiehle, Kluck und Schulz einen Mantel geben, aber ihr müßt den Mund halten. Hauptwachtmeister Kluck wehrt sich erregt unter Tränen gegen diese Beschuldigung. Grüning unbeirrt weiter: Naumann hat gesagt: Die Hauptwachtmeister müssen was haben, damit sie ruhig sind, wenn was los ist.

Die untergeschnallte Decke.

Der nächste Zeuge ist der 20jährige Sommer, der ehemalige Fürsorgezögling, der in Sommerfeld zusammen mit seinen Kumpanen seinen früheren Arbeitgeber und dessen Frau ermordet und beraubt hat. Er verbüßt eine 15jährige Zuchthausstrafe und ist berüchtigt als einer der gefährlichsten Gefangenen. Er belastet den Angeklagten Oberwachtmeister Schulz II, der seinerzeit wegen der Gefangenenbefreiung des Spritweber angeklagt war. Der Oberwachtmeister, erklärte Sommer, sei in der Anstalt als sehr gerissen und für Schiebungen bekannt. Er habe beobachtet, wie Schulz II einmal eine Decke unter dem Rock versteckt habe. Das im Gerichtssaal sofort vorgenommene Experiment ergibt, daß es nicht gut möglich sei, eine zusammengefaltete Decke unter Hose und Rock zu knöpfen: Bei der Beleibtheit der Beamten bleibt der Rock nämlich offen. Ich hatte Decken genug zu Hause, ruft empört der Angeklagte. Wenn ich mit solchem Dreck zu meiner Frau gekommen wäre, hätte sie mich achtkantig herausgeschmissen. Der Verteidiger zweifelt die Glaubwürdigkeit dieses „bösartigen" Gefangenen an. Sommer pariert: Er habe infolge der Einzelhaft einen Nervenzusammenbruch erlitten, daraus erkläre sich sein sinnloser Fluchtversuch und sein Wutanfall, bei dem er das Zelleninventar zertrümmert habe. Nachdem alle Gefangenen aus dem Saal geführt worden waren, äußerte sich der Hauptwachtmeister Kluck über Sommer als einen der schwierigsten Gefangenen, der frech und renitent sei und wegen des denkbar schlechtesten Einflusses, den er auf seine Mitgefangenen ausübe, in strenger Einzelhaft gehalten werde.

Es folgt der Strafgefangene Alexander Hoffmann. Sein Prozeß hat seinerzeit in Berlin viel Aufsehen erregt. Mit einer Bronzefigur hatte er den Schädel des Börsenmaklers Friedmann zertrümmert, der die üble Gewohnheit besaß, wahllos mit jungen Leuten zu verkehren, über die er ein ausführliches Tagebuch führte. Auch Hoffmann, der den Börsenmakler in einem Athletenklub kennengelernt hatte, unterhielt zu ihm Beziehungen. Hoffmann bestätigt die Aussagen Sommers über die untergeschnallte Decke. Er bestreitet, daß er sich von Haß gegen die Beamten leiten lasse. Durch den Altverwertungsbetrieb, erklärt er, sei in die Anstalt Unordnung gekommen. Die unteren Beamten haben die Achtung vor den Hauptwachtmeistern verloren und die Gefangenen vor den Beamten, mit denen sie sich teilweise sogar duzten. Das letztere bestreiten die Angeklagten ganz energisch.

Gefangene toben!

Die Verteidigung sucht festzustellen, daß Hoffmann mit Sommer homosexuelle Beziehungen unterhalten habe und unter seinem Einfluß aussage. Auch die Beamten sind der Ansicht, daß das der Fall sei und daß Hoffmann Sommer auch sonst zu Exzessen angestiftet habe. Bei dieser Gelegenheit kommt das Verhalten der zur Verhandlung herbeitransportierten Gefangenen zur Sprache. Steinbock, Hoffmann und Grüning haben nämlich ungeheuren Krach geschlagen. Hoffmann hat durch Pfiffe das Signal dazu gegeben. Jede Viertelstunde begann das Toben und das Klopfen gegen die Tür von neuem. Steinbock habe gesagt: Ich gehe nicht in Einzelhaft; demjenigen, der das anordnet, schneide ich glatt den Schlund durch. Wir haben Krach gemacht, damit die Beamten uns in Ruhe ließen. Sie wollten, daß wir nicht gegen sie aussagen, meint einer der Zeugen.

Die Erörterung der Fälle Uhlig, Henschke und Kluck verliefen im großen und ganzen günstig für die drei Beamten. Belasten tat sie eigentlich nur Paasch. Der Fall Henschke leuchtete übrigens wieder einmal in die Zustände, die im Zuchthaus herrschten, hinein. Paasch erklärte, daß der Oberwachtmeister Naumann dringend gebeten habe, dem Wachtmeister Henschke die gewünschten Hosen anzufertigen, weil dieser gedroht haben soll, er werde die ganze Schneiderbude hochgehen lassen. **An unserer Schneiderbude hingen wir aber; wir haben da gebraten, gekocht, bekamen Pakete und hatten Geld, meint Paasch.** So wurden Henschke zwar Hosen verfertigt, aber mit Beinen von 80 bis 90 Zentimeter Durchmesser. (Allgemeine Heiterkeit.) Den Nagel auf den Kopf traf einer der Gefangenen, als er kurz und bündig auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihm nicht sonst Unregelmäßigkeiten aus der Anstalt bekannt gewesen seien, im reinen Sächsisch erklärte: Nu allemal, hier ist gemaust worden nach Strich und Faden.

Das war also das Zuchthaus Sonnenburg, die **Besserungsanstalt** für schwere Jungens. Sie kamen nicht aus der Uebung.

Strafantrag im Sonnenburger Schupoprozeß

Sonnenburg, 25. Januar.

In später Abendstunde des Donnerstag kamen die Verhandlungen gegen die angeklagten Schupobeamten zum Abschluß, jedoch wurde die Urteilsfällung ausgesetzt und soll am Montag vormittag 11 Uhr in Frankfurt (Oder) stattfinden. Der Antrag des Staatsanwalts lautete gegen Cuba wegen Diebstahls, Begünstigung und Verleitung zum Meineid auf eineinhalb Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Gegen 4 weitere Angeklagte wurden Gefängnisstrafen zwischen drei und sechs Monaten beantragt. Die Verteidiger der Angeklagten wiesen jedoch darauf hin, daß die Aussagen der Strafgefangenen, meist Schwerverbrecher, darunter Mörder, nicht glaubwürdig seien und beantragten Freisprechung der Angeklagten.

Funkwinkel.

Abendunterhaltung. Mitwirkende: zwei Akkordeonvirtuosen und die Sopranistin Manny Ziener. Manny Ziener singt Chansons, nicht übermäßig aktuelle, aber sie singt sie flott mit hübscher Stimme. Die Akkordeonvirtuosen verblüffen durch ihre Gewandtheit. Aber das ein Walzer von Johann Strauß besonders reizvoll klingt, wenn er auf zwei Ziehharmonikas gespielt wird, kann man trotzdem nicht behaupten. Aus dem Hotel Esplanade wurde als Ergänzung dieser **Abendunterhaltung Musik der Kapelle Barnabas von Geczy** übertragen. Das Ganze wirkte wie ein Verlegenheitsprogramm, es ging eben noch hin. Große Mühe hatte man sich damit nicht gegeben. Aber was gibt sich die Berliner Funkstunde überhaupt noch große Mühe mit ihren Programmen? — Schuldirektor Mayer schlug eines der tragischsten Kapitel unserer Zeit auf, als er das Thema „Die Tragik des Alters im Berufsleben" behandelte. Er schilderte das Elend, das die Aelterwerdenden häufig im Erwerbsleben erwartet. Die Technik sucht junge, billige, flinke Arbeitskräfte: sie treibt zugunsten des heute Raubbau am Morgen, denn die Reife des Aelteren, der aus eigener Erfahrung produktive Kraft in das Berufsleben geben kann, versiegt allmählich. Leidtragender ist aber nicht der einzelne, sondern die Gesamtheit. Dem älteren Berufstätigen helfen heißt deshalb dem ganzen Volke nützen.

Tes.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Sonnabend, 26. Januar. Wintersportabteilung. Abfahrt zum Harzer Skikursus. Treffpunkt 13¼ Uhr, Potsdamer Fernbahnhof, Vorhalle. **Weißensee.** 19 Uhr engerer Vorstand, 20 Uhr Funktionäre bei Peters, Lichtenberger Straße. Erscheinen Pflicht. — **Sonntag, 27. Januar. Friedrichshain.** Die Kameraden werden ersucht, an dem festlichen Abend der 24. Abteilung in den Comeniussälen teilzunehmen. **Kreuzberg.** Wanderfahrt aller drei Jugendzüge. Treffpunkt 7½ Uhr Schlesischer Bahnhof, Südseite, im Vorraum. **Neukölln-Britz.** 3. Kameradschaft, 1. Zug. Montag, 28. Januar, Zugversammlung bei Schröder, Steinmetzstr. 30. **Wilmersdorf.** Jungbanner, 7½ Uhr Antreten am Bahnhof Zoo zum Ausmarsch. Fahrpreis 1.30 M. **Köpenick.** 14—16 Uhr Handballspiel auf dem Jahn-Sportplatz. Anschließend gemütliches Beisammensein im Restaurant Wilhelmshof. **Köpenick. Pankow.** Kameradschaft Niederschönhausen. Geselliges Beisammensein mit Angehörigen im Lokal Wolfsschlucht, Treskow- Ecke Blücherstraße. Kameraden anderer Kameradschaften sind herzlich eingeladen. **Handballspieler.** Die Handballspiele in Hirschgarten fallen am Sonntag, dem 27. Januar, aus.

Reichskartell Republik. Sonnabend. Die Ortsvereine, von denen Mitglieder am Sportschießen am 1. Februar in der Funkhalle teilnehmen, können die Teilnehmerkarten im Saubureau, Sebastianstr. 37—38, gegen Quittung abholen. — Die Beitragsmarken für 1929 sind jetzt eingegangen. Anforderungen sind zu richten an den Hauptkassierer Kamerad Alfred Jensen, Berlin-Steglitz, Birkbuschstraße 9. (Telephon: G. 2. Steglitz 2878), ab 16 Uhr. — **Sportplatz Friedrichsfelde.** Sonnabend, 26. Januar, 20 Uhr, Einbeinessen im Vereinsheim. Gute Unterhaltungsmusik. — **Sonntag, 27. Januar, Sportplatz Friedrichsfelde.** Ab 9 Uhr letztmaliges Einschießen der Mannschaften aller beteiligten Ortsvereine für den 1. Februar. — **Kreuzberg.** Schießen auf dem Schießplatz Friedrichsfelde. — **Neukölln-Britz.** 9—11 Uhr Schießen im Schützenhaus Neukölln. — **Köpenick** (Ortsverein). Ab 10 Uhr Uebungsschießen im Restaurant Wilhelmshof, am Bahnhof Hirschgarten.

Sozialwissenschaftliche Vereinigung. Sonnabend, 26. Januar, 19½ Uhr, Zimmer 1 des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz (Eingang vom Hauptrestaurant aus). Genosse Dr. Fraenkel, Prozeßvertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, spricht über den „Ruhrkampf und seine Folgen". Mitgliedskarte mitbringen. Gäste haben Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15. Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: „Lessing als Freidenker". Harmonium: Aus „Zauberflöte" (Mozart). 19 Uhr geselliger Abend. Gäste willkommen.

Jugend in Not! In der Republikanischen Rednervereinigung spricht am Montag, 20 Uhr, im Restaurant „Alter Askanier", Anhaltstr. 11, Genosse Karlwalter Pilarz. Gäste willkommen.

Freie Arbeiter-Stenographen-Vereinigung Groß-Berlin. Anfängerkurse in der Reichskurzschrift. **Letzter Meldetermin: Neukölln:** 29. Januar, Realgymnasium Kaiser-Friedrich-Str. 209—210. — **Norden:** 31. Januar, Gemeindeschule Senefelderstr. 6. — **Osten:** 31. Januar, Gemeindeschule Frankfurter Allee 37. — **Norden:** 30. Januar, Gemeindeschule Schulstr. 80. — **Südosten:** 31. Januar, Gemeindeschule Greifenhagener Str. 7. — **Charlottenburg:** 28. Januar, Gemeindeschule Oranienstr. 18a. Anfang jeweils 19½ Uhr. Kursusgeld einschließlich Lehrmaterial, Lieferung für Erwachsene 10 M., für Jugendliche 7.50 M. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Schriftliche Anfragen an W. Michel, Berlin-Spandau, Wustermarker Str. 10, I.

Ueber die arbeitsrechtlichen Lehren des Ruhrkampfes werden im Rahmen der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen in einer Konferenz am Dienstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr, im Reichstagsgebäude, Saal 11, die Genossen Rechtsanwalt Dr. Fraenkel und Ministerialrat Dr. Flatau Stellung nehmen. Parteigenössische Juristen, insbesondere Studenten, haben zu dieser Veranstaltung Zutritt. Einladungen durch den Genossen Ruben, Berlin SW. 11, Hafenplatz 5, erhältlich.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.): Verstärkung des Frostes, zeitweise aufheiternd, nur noch geringe Schneefälle, östliche Winde. — **Für Deutschland:** Im ganzen Reiche Frostwetter, im Osten strenger, im Westen mäßiger Frost. Vielfach noch leichte Schneefälle.

Landarbeiternot vor dem Landtag.

Sozialdemokratische Abrechnung mit den Landherren.

Der Landtag setzte am Freitag die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats fort.

Abg. Brandenburg (Soz.):

Neue Vorschläge zur Behebung der Agrarkrise haben die bürgerlichen Parteien nicht gemacht. Sie begnügen sich mit ihren alten Hausrezepten. Der deutschnationale Redner hat den knalligen Satz hingehauen: wir fordern eine andere Handelspolitik und eine andere Handelsbilanz; das hört sich gut an, verpflichtet zu nichts und sagt auch nichts. (Sehr wahr! links.) Es ist völlig unrichtig, daß die große Mehrzahl der Landwirte sich in Verzweiflungsstimmung befindet.

Große und vernünftige Teile der deutschen Landwirtschaft sind entschlossen, mit eigener Initiative an der Ueberwindung der Agrarkrise zu arbeiten; nur diese Landwirte verdienen auch die Hilfe des Staates.

Es hat sich an der Landwirtschaft schwer gerächt, daß man die Scheinblüte der Inflation für echt gehalten, die Absatzregulierung unterlassen und die viel zu hohen „Handelsunkosten" ein Jahrzehnt lang geduldet hat. Aber noch ist es nicht zu spät zu bessern, wenn nur die Rechte sich nicht jeder vernünftigen Einsicht verschließen und einen Heilmann deshalb nicht für voll nehmen will, weil er noch keinen Mist gefahren hat. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Abwanderung aus dem Osten nimmt immer stärker zu, und die Landflucht hat in großem Umfang schon ganz Mitteldeutschland ergriffen. Nicht einmal die gegenwärtige Krise hält die zunehmende Verödung des Landes auf. Die neuen Riesenbetriebe der Industrie in Mitteldeutschland sind zum großen Teil mit ehemaligen Landarbeitern besetzt. Die wichtigste Ursache dieser Erscheinung ist

das wachsende Lohnelend der Landarbeiter.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Der verheiratete erwachsene Landarbeiter hat samt Deputat einen Stundenlohn unter 50 Pfennig. Mit Frau und 18jährigem Hofgänger erreicht der Landarbeiter knapp den Lohn des Industriearbeiters. Das sind die Tariflöhne, aber in vielen Bezirken wird Unterlohn bezahlt. Die mir vorliegende Abrechnung einer Landarbeiterfamilie zeigt, daß sie mit Frau, Tochter und Schwiegersohn samt Deputat

45,14 Mark brutto in der Woche in sechzigstündiger Arbeitszeit

verdient. (Hört, hört! bei den Soz.) Daher ist auch die Landarbeiterschaft praktisch einkommensteuerfrei. (Zuruf rechts: Wir auch!) Ich kenne die vielen Großgrundbesitzer, die das Finanzamt um die Einkommensteuer betrügen. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich weiß, daß diese Herren Jahr für Jahr seit 10 Jahren „20 Proz. der Substanz zusetzen" — ein Wunder, daß diese Substanz noch immer vorhanden ist. (Heiterkeit links.) Aber ich weiß auch, daß namhafte Gelehrte seit Jahren die Unerläßlichkeit höherer Landarbeiterlöhne predigen. So sagt Professor Aresse, daß

deutsche Nationalpolitik auch deutsche Landarbeiterpolitik

sein muß. Professor Seedorf-Göttingen verweist darauf, daß hohe Löhne noch nicht ein hohes Lohnkonto bedeuten. Im Notprogramm des Landbundes wird die Angleichung der Landarbeiterlöhne an die Löhne der Industriearbeiter für gleich schwere Arbeit gefordert. (Sehr wahr! rechts.) Jetzt stimmen Sie zu! Aber derselbe Herr von Rohr, der 1927 den Abstand der Landarbeiterlöhne von den Industriearbeiterlöhnen für unerträglich erklärt, hat auf der diesjährigen Tagung des Pommerschen Landbundes gefordert, daß die Angleichung der Löhne durch rücksichtslose Herabsetzung der Industriearbeiterlöhne erfolge. (Hört, hört! links.) Wahrscheinlich hat er das bei Mussolini gelernt, bei dem er Lektionen in deutschnationaler Gesinnung nimmt. (Sehr gut! links.) Fortgesetzt hetzt die agrarische Presse gegen den Kontraktbruch der Landarbeiter. Aber v. Rohr hat 1927 gesagt, die Arbeitslosen würden von selbst aufs Land zurückkehren, wenn die Landwirtschaft ausreichende Löhne zahlte. (Hört, hört! und Sehr wahr! links.) Jetzt fordert in Mitteldeutschland der Landbund sogar Abbau der Landarbeiterlöhne. Angeblich kann die Landwirtschaft höhere Löhne nicht zahlen. (Sehr wahr! rechts.) Sie werden eines Tages höhere Löhne zahlen, aber erst, wenn die besten Arbeitskräfte vom Lande weggelaufen sind. (Sehr gut! links.)

Sie zahlen ja schon jetzt den ausländischen Wanderarbeitern höhere Löhne, weil diese sonst gar nicht kämen.

Sie hetzen gegen die Arbeitslosenversicherung als angebliche Prämie auf Faulheit. Sie wollen die Versicherung für die Landarbeiter noch verschlechtern, und dann wundern Sie sich über die Landflucht. Wir haben jetzt in Mitteldeutschland 7000 arbeitslose gemeldete deutsche Landarbeiter. Vielfach behalten die Bauern bereits Knechte und Mägde in Kost und Logis, zahlen aber keinen Lohn, sondern verweisen auf die Arbeitslosenversicherung! Die Feinde der Arbeitslosenversicherung verstehen es sehr gut, sie auszunutzen und gratis Arbeitskräfte zu haben. Gewerkschaftliche und politische Vertrauensleute der Arbeiter werden auf dem Lande vielfach überhaupt nicht eingestellt. Deutsche Frauen und Mädchen können in der Landarbeit häufig die 156 Arbeitstage nicht erreichen, die zur Erlangung der Arbeitslosenversicherung nötig sind, weil man Polen bevorzugt beschäftigt. Wenn Sie die Landarbeit immer mehr zum Saisongewerbe machen, dann zahlen Sie gefälligst auch Saisonarbeiterlöhne! (Sehr wahr! links.)

Gegen Beschimpfungen und Beleidigungen der Landarbeiter, selbst gegen skandalöse Mißhandlungen von Frauen, ja schwangeren Frauen, hat der Landbund nie das Geringste unternommen.

Der Landwirtschaftsminister hat verfügt, daß Landwirte, die deutsche Landarbeiter mißhandeln, Wanderarbeiter nicht mehr zugewiesen erhalten. Wir sind dankbar für diesen Erlaß, wenn er uns auch nicht weit genug geht. Aber die Deutschnationalen haben auch bei dieser Etatberatung die Aufhebung dieses Erlasses gefordert; sie solidarisieren sich mit den Lumpen, die ihr Herrentum im Prügeln austoben. Die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande sind vielfach grauenhaft. Die Unfallverhütungskontrolle ist minimal, die Unfallrenten winzig. Aber unseren Antrag auf Einrichtung von Landinspektionen haben Sie abgelehnt, wie überhaupt der Hauptausschuß auch diesmal alle unsere Anträge abgelehnt hat, die den Landarbeiter sozialrechtlich und arbeitsrechtlich mit dem Industriearbeiter gleichstellen wollen. Sie haben gestimmt gegen den Kinderschutz, gegen den Schwangerenschutz, gegen Aufhebung der Zwangsarbeit der Landarbeiterfrauen, gegen Einbeziehung der Landarbeiter ins Arbeitsschutzgesetz, ins Berufsausbildungsgesetz. Können Sie sich da wundern, wenn wir uns zu Ihren Wünschen in Zukunft genau so stellen, wie Sie zu den berechtigten Forderungen des Millionenheeres deutscher Landarbeiter? (Sehr gut! bei den Soz.) Wir danken dem Minister für sein Versprechen,

den Landarbeitern eine Vertretung in den Landwirtschaftskammern

zu geben. Hoffentlich beschränkt sie sich nicht auf ein paar Kanzessionsschulzen. Wir protestieren gegen jede Erhöhung des Ausländerkontingents. Die deutsche Landwirtschaft hat kein Recht, Wanderarbeiter anzufordern, solange sie nicht alles tut, um den Abstrom der deutschen Arbeiter vom Lande zu verhindern. Wir fordern Staatshilfe für das Ringen der deutschen Landarbeiter um Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben. Der Minister hat recht, daß die republikanische Verfassung den Landarbeitern weitgehende Rechte gegeben hat. Er hat doppelt recht, wenn er auf unsere Interpellation geantwortet hat, daß,

wenn die Landarbeiterschaft selbst sich diese Rechte nicht zunutze macht, die Staatsregierung ihr auch nicht helfen kann.

Wir werden diese Aufforderung, mit allen Mitteln gegen die Mißstände und Ungerechtigkeiten zu kämpfen, soweit wie möglich verbreiten. Nur darf die Regierung der Landarbeiterschaft nicht in den Arm fallen, sondern muß ihr helfen, aus der freistaatlichen Verfassung eine Wirklichkeit zu machen. Die Landarbeiterschaft ist entschlossen, sich ihren Aufstieg zu erkämpfen, um die Sklaverei in der deutschen Landwirtschaft endlich zu überwinden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Wende-Winzig** (Dnat.): Die meisten sozialdemokratischen Reden triefen jetzt von Liebe für die Landwirtschaft. Erst der Vorredner hat seiner Feindschaft gegen die Landwirtschaft unverhüllt Ausdruck verliehen. (Oho! bei den Soz.) Die Not der Landwirtschaft ist die Folge der verkehrten Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Wer von der Sozialdemokratie ißt, stirbt daran. (Lachen links.)

Abg. **Obendiek** (Komm.) führt Klage über Mißachtung des Koalitionsrechtes der Landarbeiter, besonders der Betriebsräte.

Abg. **Hoff** (Dem.) polemisiert gegen das Getreideeinfuhrmonopol. Die Forderung, die Dawes-Zahlungen einzustellen, ist unerfüllbar. Deutschland hat schon einmal einen internationalen Vertrag gebrochen, den über die Neutralität Belgiens, und das ist ihm schlecht genug bekommen. (Großer Lärm rechts, Völkische und Deutschnationale verlassen den Saal.)

Abg. **Schmidt-Breslau** (Wirtschaftsp.): Der Verdienst des Zwischenhandels an den Lebensmitteln ist heute schon so gering wie nur denkbar. Wenn die Landwirtschaft sich wirklich mit den Konsumvereinen einließe, würde sie sich zum Zutreiber der Sozialdemokratie erniedrigen.

Abg. **Biester** (D.-Hannov.): Der Feind der Landwirtschaft ist Berlin. Berlin ist nur ein unruhiges Wespennest, das ausgeräuchert werden muß. (Lebhafte Heiterkeit.)

Nach einer Reihe weiterer Redner wird die Beratung auf Sonnabend früh 10 Uhr vertagt.

Was sagt der Bär?

Wundervolle farbenprächtige Bilder birgt,

neben ihrem köstlichen Inhalt, jede Josetti-Packung. Eifrig sammelt Jung und Alt diese herrlichen Aufnahmen, die «belehrend und unterhaltend gestaltet» in schöne Alben geordnet, so manchen Winterabend zu kürzen wissen.

Darüber hinaus legen sie erneut Zeugnis ab für die Beliebtheit der guten

Josetti Juno

Berlins meistgerauchter 4-Pf Cigarette

Aus den Reichstagsausschüssen.

Hauptausschuß berät Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger.

In der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Einzelberatung des am Tage vorher im Plenum des Reichstags in erster Lesung behandelten schwierigen Gesetzentwurfs über Aenderung der Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger begonnen. Unter das Gesetz fallen im ganzen 38 514 Wartegeldempfänger, davon 6260 bei den Hoheitsverwaltungen des Reichs, 10 883 bei der Deutschen Reichspost, 21 371 bei der Deutschen Reichsbahn. Die Neuregelung ist um deswillen so schwierig, weil die geltenden Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger im wesentlichen noch auf den Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 beruhen und von Verhältnissen ausgehen, nach denen Beamte nur in seltenen Ausnahmefällen einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können. Durch den Krieg und die Nachkriegszeit seien nun, wie die Regierungsvertreter im Ausschuß im einzelnen darlegten, diese Verhältnisse von Grund auf geändert worden und es müsse doch möglich werden, auch das Beamtenrecht den neuen Umständen anzupassen. An den im Artikel 129 der Reichsverfassung den Beamten zugestandenen Rechten werde doch nicht gerüttelt, wenn im vorliegenden Entwurf einzelne Rechte der Beamten berührt werden. Die Regierung habe versucht, die Lösung der schwierigen Frage auf einer mittleren Linie halbwegs zwischen den Interessen der Verwaltung und der Beamten zu finden.

Aus der kurzen Aussprache ging hervor, daß die Ansichten der Fraktionen über den Gesetzentwurf noch weit auseinandergehen.

Auswärtiger Ausschuß.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags, der heute zusammentrat, erstattete der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann einen ausführlichen Bericht über die politischen Hauptprobleme, die auf der Tagung des Völkerbundsrats in Lugano behandelt worden sind. Hieran schloß sich eine Aussprache. Zur Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung, Stand der Reparationsverhandlungen, wird der Auswärtige Ausschuß am nächsten Donnerstag wieder zusammentreten.

Wohnungsbau 1928 und 1929.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags teilte Ministerialrat Wölz vom Arbeitsministerium mit, daß nach den vorliegenden Unterlagen 1928 annähernd ebenso viel Wohnungen erbaut worden seien wie 1927 (Reinzugang 1927 von 288 000 Wohnungen) und daß hierfür 2350 Millionen Mark aufgebracht worden seien.

Für 1929 stünden aus Hauszinssteuermitteln 800 Millionen, von Versicherungsanstalten 120, Sparkassen etwa 360 Millionen Mark in Aussicht. Alle anderen Faktoren seien unberechenbar, weil die Konkurrenz anderer Kreditnehmer stark sei und sich nicht übersehen lasse, was für den Wohnungsbau übrigbleibe. Er hoffe aber, daß annähernd die gleiche Zahl der Wohnungen erbaut werden würde wie 1928, zumal ein fast gleicher Restbestand an Rohbauten wie 1927 in das neue Baujahr hinübergenommen worden seien.

In der Börsenpresse war Alarm geschlagen worden, weil das Reichsfinanzministerium bei der Invalidenversicherung eine Zwangsanleihe von 165 Millionen Mark 1929 aufnehmen wolle. Der Wohnungsausschuß hat deshalb um Aufklärung. Ministerialrat Grieser teilte darüber mit: Die Invalidenversicherung sei vom Kapitaldeckungs- auf das Umlageverfahren umgestellt worden. Die Umlage sei aber auf eine Spanne von fünf Jahren berechnet worden. Das ergebe, daß aus Beiträgen die Invalidenversicherung 1928 380, 1929 355 Millionen Ueberschuß erzielt worden seien. Dieser Ueberschuß werde sich allmählich senken und sich ab 1934 in ein Defizit verwandeln, das bis 1938 so steigen werde, daß der Ueberschuß verbraucht werde. Vorausgesetzt, daß keine höheren Beiträge und höhere Leistungen eingeführt würden, würde sich von da ab Beitrag und Rente decken. Neben den Renten der Versicherung zahle aber das Reich zu jeder Waisen- und Witwenrente einen Zuschuß und für jeden Versicherungsfall einen Steigerungssatz von 6 M. Dieser letztere betrage pro Jahr 165 Millionen Mark. Angesichts der Finanzlage des Reichs habe das Reichsfinanzministerium mit Rücksicht auf die Ueberschüsse der Invalidenversicherung den Vorschlag gemacht, 164 Millionen von diesem Steigerungsbetrag für 1929 **einmalig nicht in bar, sondern in verzinslichen wertbeständigen Schatzanweisungen zu geben, die bis 1935 zurückzuzahlen seien.** Dagegen sei nichts einzuwenden, denn die Landesversicherungsanstalten würden in der Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben dadurch nicht beeinträchtigt. Die Börsenpresse habe nur Lärm geschlagen, weil bei dieser Begebung der Schatzanweisungen der Zwischenhandel ausgeschaltet werde. Infolge des Umlageverfahrens seien aus den Mitteln der Invalidenversicherung nur kurzfristige Darlehen für den Wohnungsbau verfügbar. Die Landesversicherungsanstalten seien angewiesen worden, dem Wohnungsbau bei Vergebung der Mittel zu bevorzugen und nur den niedrigsten Bankzinsensatz zu erheben. Die Gelder stammten aus dem Lohn der Arbeiter und müßten auch diesen dienstbar gemacht werden. Wieviel Mittel bereits für den Wohnungsbau gegeben worden seien, werde er feststellen lassen. Für 1929 könnten etwa 100 Millionen für den Wohnungsbau in Aussicht gestellt werden können.

Die Aussprache, die ursprünglich für Donnerstag vorgesehen war, wurde auf nächsten Mittwoch vertagt.

Schankstättengesetz abgesetzt.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages sollte am Freitag die Beratung des Schankstättengesetzes beginnen. Dieser Gesetzentwurf hatte schon im vorigen Reichstag den Volkswirtschaftlichen Ausschuß mehrere Wochen lang beschäftigt. Um jetzt die Arbeit zu verkürzen, machte der Vorsitzende Simon (Soz.) am Freitag den Vorschlag, die Ergebnisse der Beratungen des früheren Reichstages für den jetzigen Ausschuß als angenommen zu betrachten. Dagegen erhoben die Deutschnationalen und der Reichswirtschaftsminister Widerspruch. Es sollte also von neuem mit der ganzen Beratung begonnen werden. Damit war auf monatelange Verhandlungen zu rechnen. Infolgedessen verlangten Krätzig (Soz.) und Sollmann (Soz.), daß der Schankstättenentwurf abgesetzt werde und statt dessen mit der Beratung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat begonnen würde. In diesem Sinne beschloß der Ausschuß.

Kein Notetat in Preußen.

Bis Ostern soll die zweite Lesung beendet sein.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages prüfte am Freitag den Plan der Erledigung der einzelnen Haushalte. Diesem Plan wurde im allgemeinen zugestimmt. Man glaubt, den Plan — nötigenfalls unter Zuhilfenahme von Abendsitzungen — durchführen zu können, um bis Ostern die zweite Lesung des Haushaltes zu erledigen. Wenn dieses Ziel erreicht wird, so glaubt auch der Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff die Kassenverwaltung weiterführen zu können. Ein Notgesetz würde sich also damit erübrigen. Die dritte Lesung des Haushaltes soll sodann nach den Osterferien stattfinden.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat an den Präsidenten des Reichstags ein Schreiben gerichtet, in welchem sie schärfsten Protest dagegen erhebt, daß der Präsident wegen des Vorfalls am Schluß der vorgestrigen Plenarsitzung der kommunistischen Fraktion die Ausgabe von Tribünenkarten gesperrt hat.

Der Mecklenburg-Schweriner Etat balanciert. Aus Regierungskreisen verlautet, daß der neue Haushaltsplan für Mecklenburg-Schwerin in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein wird. Im vorigen Jahr war im Haushaltsplan ein Defizit von 4 Millionen Mark vorhanden.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., d. 26. 1. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 23 18½ Uhr Meistersinger von Nürnberg

Sonnab., d. 26. 1. Städt. Oper Bismarckstr. 19 Uhr Tannhäuser

Staats-Oper A. d. Pl. d. Republ. R.-S. 4 19½ Uhr Der fliegende Holländer

Staatl. Schauspielh. am Gendarmenm. A.-V. 23 20 Uhr Oedipus

Staatl. Schiller-Theater, Charlottbg. 20 Uhr Nathan der Weise

SCALA 8 Uhr B 5 Barbarossa 9256 HARRY RESO und weitere Varieté-Neuheiten. Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 3½ und 8 Uhr — 3½ zu ermäßigten Preisen das ganze Programm

Eisen-Betten, Kinderbetten, Stahlmatratzen, günstig an Priv. Kat. 2048 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Ziehung 9. bis 15. Febr. Sechste Volkswohl-Lotterie 48 096 Gewinne u. 3 Prämien zus. M. Höchstgewinne auf ein Doppellos 430 000, 150 000. Höchstgewinn auf ein Einzellos M. 75 000, 50 000, 25 000, 20 000, 10 000. Hauptgewinne. Lose zu 1 M., Doppellose zu 2 M. Glücksbriefe mit 5 Losen sort. aus versch. Taus. 5 M. Glücksbriefe mit 5 Doppellosen aus versch. Taus. 10 M. Porto und Gewinnliste 35 Pf. empfiehlt und versendet G. Dischlatis & Co. Berlin C 2, Königstraße 31. Postscheckkonto Berlin 6779. Tel. Berolina 3007. Lose auch zu haben in all. durch Plakate kennt. Verkaufsstellen. Für alle Gewinne auf Wunsch 90% bar

Theater des Westens. Täglich 8¼ Uhr. Wiederauftreten! Richard Tauber in Friederike. Franz Lehar dirigiert! Käthe Dorsch, Richard Tauber. Vorverkauf ununterbrochen. Kasse den ganzen Tag geöffnet. Teleph. Steinplatz 931 u. 7108.

Winter Garten. 8 Uhr. Rauchen erlaubt. Drei Codonas und weitere Varieté-Neuheiten. Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 3½ und 8 Uhr. 3½ kleine Preise.

8½ Uhr CASINO-THEATER 8½ Uhr Lothringer Straße 37. Neu! Neu! Kilometerliebchen. Dazu ein erstklassiger bunter Teil. Für unsere Leser Gutschein für 1—4 Pers. Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M. Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Komische Oper (8¼) Nach erfolgreich. Umarbeitung: Paradies der süssen Frauen! Sonntag 3½ Uhr Vollständige Vorstellung zu halben Preisen. Parkett 4,50, Rang 2,50 M.

Theater a. Kottbusser Tor. Kottbusser Str. 6 Tel. Mpl. 1607. Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise) Elite-Sänger. Die Januar-Sensation: Krach! Volkspreise: M. 0,80 b. 2,80, Logen 2,50

Reichshallen-Theater. Abends 8, Sonntag nachm. 3. Stettiner Sänger. Das wundervolle Januar-Programm! Nachm. halbe Preise, volles Programm. Dönhoff-Brettl: Varieté / Konzert / Tanz

Metropol-Theater 8 Uhr. Lustige Witwe mit Fritzi Massary. Max Hansen, Ellert, Jankuhn, Junkermann, Schaeffers, Margolis Sisters, Beauty Girls, Jackson Boys.

Gr. Schauspielhaus 8 Uhr. Casanova mit Alfred Jerger. Emmy Sturm, Fried, Ahlers, Lieske, Sorda, La Jana, Winkelstern, Kupfer, Arno, Bendow, Morgan, Blankenhorn, Picha.

Zwei Charell-Inszenierungen. Gesamtausstattung Prof. Ernst Stern. In beiden Theatern Sonntag 3 Uhr Nachm.-Vorstellung zu kleinen Preisen. Demnächst auf Elektrola. Neu auf Elektrola.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr Das Mädl aus der Vorstadt. Regie: Jürgen Fehling

Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater 8 Uhr Oelrausch

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr Nathan der Weise

Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr Die Drei-Groschen-Oper. Paulsen, Valetti, Ander, Gerron, Schauluß, Kühl, Lvovski.

Deutsches Theater Norden 12 310. 8 Uhr, Ende 10¼ U. Die Verbrecher. Schauspiel von Ferdinand Bruckner. Regie: Heinz Hilpert

Haller-Revue „Schön und schick". Th. im Admiralspalast. Täglich 8¼ Uhr. Sonntag 2 Vorstellungen [illegible]

Lustspielhaus Friedrichstr. 236 Bergmann 2922/23 Täglich 8¼ Uhr Guido Thielscher in Weekend im Paradies

Die Komödie Bismarck 2414/7516. 8¼ Uhr, Ende 10¾ „Olympia" von Franz Molnar. Regie: Forster Larinaga.

Thalia-Theater Dresdener Str. 72-73 8 Uhr „Oelrausch"

Berliner Theater Direkt. Heinz Herald. Charlottenstraße 90. A. 7. Dönhoff 170. Täglich 8 Uhr. 3 X Hochzeit (Abie's Irish Rose)

Barnowsky-Bühnen. Theater in der Königgrätzer Straße 8¼ Uhr Revolte im Erziehungshaus. Schauspiel von P. M. Lampel. Komödienhaus 8¼ Uhr Das Geld auf der Straße. Rudolf Bernauer u. Oesterreicher

Kleines Theater. Täglich 8¼ Uhr: Nur noch bis 31. Jan. Max Adalbert in Der Dickkopf. Sandrock, Landa, Sterler, Sikla.

Trianon-Th. Täglich 8¼ Uhr Der letzte Schleier mit Erika Gläßner und Oskar Beregi. Sonntag 4 Uhr: Frau Holle

Theater am Nollendorfplatz Täglich 8 Uhr Jettchen Gebert. Singspiel von Walter Kollo. Sonntag 3½ Uhr Die Fledermaus

Renaissance-Theater. Tel. Steinplatz 901 u. 2583/84. Täglich 8¼ Uhr „Das große ABC". Regie: Gust. Hartung. Stg. nchm. 4 Uhr: Krankheit d. Jugend

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108/14. Gr. Bockbierfest und Grosser Alpenball. 7 Kapellen — 50 bayr. Madeln. Einlaß 6 Uhr.

Kammerspiele Norden 12 310. 8, Ende nach 10½ U. „Soeben erschienen". Komödie von Edouard Bourdet. Regie: Forster Larinaga.

Saltenburg-Bühnen. Lessing-Theater 8 Uhr Katharina Knie.

Rose-Theater Gr. Frankfurter Str. 132. 4 Uhr Dornröschen. 8¼ Uhr Die Fledermaus

Planetarium am Zoo. Fernspr. Joachimsthaler Straße Noll. 1578. 16 Uhr Der Sternhimmel im Winter. 18 Uhr Mars und seine Rätsel. [illegible] Uhr Werden u. Vergehen d. Sterne

Zentral-Theater. Alte Jakobstr. Ecke Oranienstr. Täglich 8¼ Uhr. Sonntag auch 4 Uhr. Ich küsse Ihre Hand, Madame. Ein Spiel von Liebe und Lenz mit dem gleichnam. Schlager. Rundfunkhörer halbe Preise

Dtsch. Künstler-Th. 8¼ Uhr Der Zinker v. Edgar Wallace. Preise 1—10 Mark

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 48 Jahr als Spezialität. Conrad Müller Leipzig-Schkeuditz. 100 Mark

Unserem langjährigen Genossen Jakob Ege, Roßstraße 16, zu seinem 70. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre in gewohnter Rüstigkeit und Frische der Partei zu dienen. 2. Abteilung der SPD.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Richard Karst
geb. 8. September 1871, am 22. Januar gestorben ist.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26. Januar, 14 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Am 22. Januar starb unsere Kollegin, die Arbeiterin
Frieda Schmidt
geb. 30. August 1884.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26. Januar, 13½ Uhr, von der Leichenhalle des Simons-Kirchhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.
Unseren Mitgliedern des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, vom Reichsbahn-Ausbesserungswerk Tempelhof zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Schlosser
Albert Holz
am 22. Januar an Lungenentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Montag, dem 28. Januar, 17 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, meine treue Lebensgefährtin
Franziska Hinz
am Mittwoch, dem 23. Januar 1929, nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. Dies zeigt tiefbetrübt an und bittet um stille Teilnahme
Wilhelm Hinz, O 34, Prinzenstr. 61.
Einäscherung am Montag, dem 28. Januar, abends 6.30, im Krematorium Baumschulenweg.

Verkäufe

Oefen, eiserne, jeder Art und Größe von 12.50 an, Amerikaner, Irische Dauerbrand (auch für Säle bis 5000 cbm), transportable Kachelöfen.

Kochherde, Gas-, Kohle-Oefen, Ofenschirm, Ofenrohr, Waschkessel, Waschmaschinen, [illegible] Sommer u. Blumberg, Dresdenerstraße 98.

Bettenausverkauf! Kegel 9.75! 13.—, 19.50! Prachtvolle 27.50! Bauernbetten 32.—! Daunige 37.50! Kinderbetten 8.75! Bettwäsche! Inlettel spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus, Brunnenstraße 47

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 106.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gummimäntel, Ulsteranzüge, Paletots, Herrenmäntel, Covercoatpaletots, für jede Figur passend, Spezialität: Bauchanzüge spottbillig. Gesellschaftsanzüge werden verliehen. Holpern, Rosenthaler Straße 4, 1. Etage.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Cutawaymäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Ulster in modernen Formen; Paletots, Rockpaletots, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Gelegenheitskäufe in Pelzmänteln, Sportpelzen, Gehpelzen. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 106, eine Treppe. Keine Lombardware.

Möbel

Möbel-Kamerling, Rathausstraße 56. Nußbaum-Waschkommoden, englische Bettstellen, Nachttische. Riesenauswahl. Plüschsofas, Spottpreise, Zahlungserleichterung.

Chaiselongues 25.—, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen 9.75. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Möbelkäufer merkt Euch! nur bei Möbelhaus: große Auswahl, kleine Preise! Beispiele: Schlafzimmer 425, Speisezimmer 345, Herrenzimmer 300, Spiegelschränke 118, Anrichtküchen 75, Kleiderschränke 48, Holzbettstellen 48, Chaiselongues 28, Metallbettstellen 16, Auflegematratzen 13. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten. Kleine Anzahlungen. Kassa-Rabatte bis zehn Prozent. Kredite bis zwei Jahre. Neukölln, Hermannplatz 7; Steglitz, Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Straße 90, Untergrundbahnhof.

Musikinstrumente

Pianos ohne Anzahlung, neu und gebraucht, in großer Auswahl verkauft Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Langjährige Garantie, kleinste Ratenzahlung.

Stutzpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25.

Pianos, neue, von 850.—, beste Verarbeitung, herrliche Tonfülle, zu den günstigsten Zahlungsbedingungen. Auch stets Gelegenheiten in wenig gebrauchten Pianos. Auch Mietpianos. Pianofabrik Max Seiler u. Co., Gertraudtenstraße 23.

Pianos 175.—, 275.—, 425.—, gebraucht, große Auswahl in neuen; langjährige Garantie. Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz, Teilzahlung.

Kaufgesuche

Münzen, Briefmarken kauft Grohmann, Johannisstraße 4.

Zahngebisse, Platinabfälle, Zinnmetalle, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 29 (Haltestelle Adalbertstraße).

Verschiedenes

Vergnügungen

Colibri-Säle, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 60, täglich außer Montags und Dienstags, großer Ball der reiferen Jugend.

Schlosser-Lehrlinge gesucht. Ed. Puls G. m. b. H. Berlin-Tempelhof, Germaniastr. 157/8. Bau- u. Kunstschlosserei, Kunstschmiede.

KLEINE ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Sonnabend
26. Januar 1929

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Max Bernardi: Matuscheks Tod

Der Hilfsbeamte des städtischen Registratur-Katasteramtes Nepomuk Johannes Matuschek wurde heute morgen in seiner Wohnung tot aufgefunden. Ein Ober-Magistratsdiener, den man dem nicht zum Dienste erschienenen Hilfsbeamten in die Wohnung gesandt hatte, fand Genannten mit einer schweren Kopfverletzung tot über einer Schreibmaschine zusammengebrochen vor. Die Ermittlungen sind im Gange, nach einem Chauffeur, mit welchem Matuschek angeblich am Abend in Streit geraten sein soll, wird gefahndet. Ertrunken ist am Sonntag . . .

Der Hilfsbeamte des städtischen Registratur-Katasteramts Nepomuk Johannes Matuschek hatte sich einen Nebenerwerb geschaffen. Vorerst nur das Werkzeug. Eine Schreibmaschine. Eine richtige Schreibmaschine, Gelegenheitskauf, billig. Wenn die Uhr Feierabend schlägt und Matuscheks Kollegen im Amt Tinte, Feder und Akten verräumen und hastig nach ihren Hüten greifen, dann lächelt er verklärt vor sich hin. Nicht weil des Tages Fron geleistet ist, sondern weil nun seine eigene Herrentätigkeit beginnt. Weil er Selbstverdiener wird, alleiniger Geschäftsinhaber. Er übernimmt Heimarbeit.

Auf den Nachttisch hat er die Schreibmaschine montiert. Mit Draht, damit sie nicht herunterfällt. Um den Knien Bewegungsfreiheit zu schenken, öffnet er die Nachtschranktüre. Das ist seine Erfindung. Schon sein Großvater war so praktisch veranlagt gewesen.

Matuschek hat noch keine Aufträge. Aber das macht nichts. Man kann ja vorerst auch so Briefe schreiben. Mit Durchschlägen sogar. Kann Kopien sein säuberlich ablegen, in Mappen ordnen, signieren und numerieren — o ja, es ist schön, Herr zu sein.

An seinen Bureauvorsteher hat er einen Brief getippt. Eine Gratulation zum vierzigjährigen Dienstjubiläum. Soll er platzen vor Neid über die prächtigen Buchstaben, die wie gestochen sind.

Da entdeckt er, daß das Komma wie ein Punkt aussieht. Aber wirklich wie ein Punkt. Das geht nicht. Das geht natürlich nicht. Soll er vielleicht die Schwänze mit Bleistift nachziehen?

Die ganze Freude ist weggeblasen.

Gewissermaßen stecken noch mehr Fehler in dem Teufelszeug. Er tippt die ganze Klaviatur der Schreibmaschine herunter: In erster Instanz nichts gefunden. Nur das verdammte Komma, auch Beistrich genannt.

Matuschek überlegt. Ein tüchtiger Beamter muß sich zu helfen wissen. Da ist zum Beispiel ein Strichpunkt, ein Semikolon. Ein ganz überflüssiges nämlich. Er wird den Strichpunkt, alias Semikolon, aus der Tastatur seiner Schreibmaschine verbannen. Einfach ein Komma daraus machen.

Matuschek tippt seinen Namen und setzt dahinter den Strichpunkt. Hält mit dem Daumen den Punkt über dem scharf geschwungenen Schwanz zu: ein herrliches Komma!

Er wird den Punkt wegfeilen. Auf der Stelle wegfeilen!

Nun hat er die Nagelfeile abgebrochen, und sein Zeigefinger blutet rote Tropfen in die Stube. Dämmerung bricht schon herein, und noch immer harrt ein Berg schneeweißen Papiers (staatliches) der magischen Letternschrift.

Er geht zu seiner Wirtin. Die Witwe Jakubowska hört ihn mißtrauisch an. „Wie — eine Feile?" Ihr Mann war der Gefangenenaufseher Jakubowski gewesen.

„Jawohl, so eine kleine schmale Eisenfeile — —"

„Nein!" Die Wirtin riegelt die Tür ab.

Da läuft Matuschek die Treppe hinunter auf die Straße. Aus einer Kneipe stolpert ein Chauffeur seinem Wagen zu. Gewissermaßen müßte ein Auto und ein Chauffeur doch eine Feile besitzen.

„Wat? — ne Feile?? Mann! Keile — — —"

In Anbetracht des Umganges mit einer leblosen Materie sind Chauffeure oft rohe Menschen.

Aber was tun, was beginnen?

Den Hilfsbeamten Matuschek grinst der winzige Punkt über dem Komma wieder an. Auch eines Hilfsbeamten Nerven sind keine Stricke. Auch eines Hilfsbeamten Geduld kann reißen.

Er wird einen Hammer nehmen und den Punkt breit schlagen.

Aber woher einen Hammer nehmen, mittels welchen man einen kleinen Punkt in einem feingliederigen Stahlgeäst totschlägt, ohne den komplizierten Unterbau zu beschädigen. Vielleicht nahm er besser eine Säure, die den Schandfleck über dem Komma einfach auffraß. Irgendwie mußte er jetzt Herr werden über diesen Unfug und selbst wenn er diesen disziplinlosen Punkt mit den Zähnen vom Semikolon herunternagen müßte . . .

Und das war die sehr einfache Erklärung, nach welcher man vergeblich suchte. Die Mordkommission schüttelte das Haupt, und ein Berg staubiger Akten über den Tod des Hilfsbeamten Matuschek schwoll in den Registraturen an.

Das wohlgelungene Bild des Gerichtsphotographen zeigte ganz deutlich Nepomuk Johannes Matuschek in seiner letzten Sterbestunde. Entgegen allen Vorschriften war sein Kopf in die Schreibmaschine geklemmt. Die Zunge war in die Walze gezwängt und hing diesbezüglich lang über den Papierhalter hinaus. In die linke Augenhöhle aber bohrte sich der Stahlarm einer viermal gehärteten Letter.

Die Wahrheit über den Tod des Hilfsbeamten Matuschek hing wie ein blutiger Fetzen Fleisch mit üblem Brodem im Hause der Witwe Jakubowska. Man kam nicht auf den Gedanken, daß der tödliche Stahlarm, der sich durch die Augenhöhle einen Weg ins Gehirn gebahnt hatte, gar kein gewöhnlicher Buchstabe war, sondern ein teuflisches Interpunktionszeichen . . .

In Sachen des ermordeten Hilfsbeamten Nepomuk Johannes Matuschek, wird dem Haftentlassungsantrag des Chauffeurs Leopold Leßwigl stattgegeben. Die Leiche des M. ist zur Bestattung freizugeben. Dem Sachverständigen, Herrn Obermechaniker Konrad Biedermann, wird aufgetragen, ein Gutachten über die Schreibmaschine Nr. 1588 anher einzureichen. Es wird verfügt die Ueberweisung der Witwe Olga Jakubowska in die Landesirrenanstalt zwecks Beobachtung ihres Geisteszustandes. — In Sachen des aus dem Zucht- . . .

Ein erratischer Block als Naturdenkmal

Bei Ellhofermoos, einem kleinen Dorf des Bezirksamtes Lindau, befindet sich ein Kalksteinbruch, der bis herein in unser Jahrhundert von der Bevölkerung der Gegend zur Gewinnung von Kalkstein ausgebeutet wurde. Zeitweise wurde das gewonnene Material auch für Grabsteine weiterverarbeitet. Neue eingehende geologische Untersuchungen haben ergeben, daß es sich hier um einen erratischen Block handelt, und zwar um den größten, der bisher in Europa entdeckt wurde. Das ursprüngliche Volumen dieses Findlings wird auf 3000—4000 Kubikmeter geschätzt. Seiner geologischen Zusammensetzung nach stammt er aus dem Rätikon in Vorarlberg, die Gletschermassen der Eiszeit haben den Koloß also etwa 70 Kilometer nach Norden geschoben. Seiner außerordentlichen Größe halber wurde der Steinbruch nun von der Bezirksbehörde Lindau angekauft und als Naturdenkmal erklärt.

Wunder der Fernübertragung

Gemeinsame Sitzung auf 325 Kilometer Entfernung

Am 8. Januar fand zwischen Berlin und Breslau ein ungewöhnlich interessanter Versuch statt, der diesen Tag für immer zu einer Merkwürdigkeit in der Geschichte der elektrischen Nachrichtentechnik stempeln wird. An diesem Tage fand nämlich eine gemeinsame Sitzung der elektrotechnischen Vereine beider Städte statt, obwohl die Versammlungslokale 325 Kilometer voneinander entfernt waren und nur ein ebenso langes Fernsprechkabel als Verbindung diente. Der Versuch ist, das soll hier gleich vorausgeschickt werden, in vollem Umfange gelungen.

In der Entwicklung der Fernkabeltechnik haben ja die letzten Jahre außerordentliche Fortschritte gebracht, die nicht zum kleinsten Teil durch den Rundfunk veranlaßt waren. Die Uebertragung auf einen entfernten Sender ist nur möglich, wenn das Kabel selbst der Musik oder Sprache keine Verzerrungen hinzufügt, also vollkommen rein überträgt. Die Post hat für solche Zwecke in ihrem sehr stark im Ausbau befindlichen Fernkabelnetz die sogenannten Kernvierer zur Verfügung gestellt. Das sind zwei Aderpaare, die in der Achse des Kabels liegen und von der Masse der übrigen Drähte durch einen besonderen Bleimantel abgesondert sind. Allerdings bedürfen solche Drähte noch einer besonderen Herrichtung, um Sprache oder Musik verzerrungsfrei zu übertragen. Denn Kabel haben an sich eine große Neigung, hohe Töne zu verschlucken, so daß schließlich eine Sprache herauskommt, die klingt, als wenn man in ein hohles Faß spräche. In der Fernsprechtechnik heißt dies der Kabelton, und er galt lange Zeit für ein unüberwindliches Hindernis des Fernsprechverkehrs. Erst allmählich lernte man, damit fertig zu werden. Zunächst war es notwendig, um überhaupt auf große Entfernungen Sprache übertragen zu können, in bestimmten Abständen sogenannte Belastungskabel in das Kabel einzuschalten. Außerdem finden die aus dem Rundfunk sattsam bekannten Röhrenverstärker in der Fernsprechtechnik ausgedehnteste Anwendung, und die Fernsprechkabel selbst mit ihren dünnen Drähten von 0,9 Millimeter Durchmesser wären gar nicht denkbar ohne diese Hilfsgeräte. Man kann rechnen, daß alle 75 Kilometer ein Kabel in ein Verstärkeramt eingeführt werden muß, soll eine Fernübertragung möglich sein. Für die Zwecke des gewöhnlichen Fernsprechens richtete man natürlich die Spulen wie die Verstärker so ein, daß eine möglichst große Entfernung überbrückt wird, womit nicht einmal die größte Reinheit der Uebertragung verbunden ist. Aber beim Telephonieren merken wir meist gar nicht, wie verzerrt die Sprache ankommt, und wir würden uns sehr wundern, wenn wir statt unseres gewohnten Telephonhörers einmal die Unterhaltung unserer Freunde durch einen Lautsprecher genießen könnten. Dann würde man erst gewahr werden, wie verzerrt die Sprache ist. Schadet das für das Fernsprechen nichts, so ist es doch für den Rundfunk und ähnliche Uebertragungen ganz unmöglich. Hier muß die größte Reinheit gewahrt werden. Das kann man erreichen, indem man die Spule kleiner macht als gewöhnlich, damit die für die Sprache und Musik sehr wichtigen hohen Töne besser durchkommen und indem man notfalls noch den Verstärker so einrichtet, daß die hohen Töne bevorzugt werden, denn gerade die Zischlaute geben einer Sprache erst das richtige Gepräge.

Das besonders Interessante an diesem gemeinsamen Vereinsabend war, daß er doppelseitig war, d. h. es wurde sowohl in Berlin, wie in Breslau gesprochen und in beiden Städten auch gehört. Der Vortrag wurde zwar in Berlin gehalten, aber die Diskussion fand sowohl in Berlin wie in Breslau statt, und es gelang, eine vollkommen einwandfreie Verständigung zwischen den Diskussionsrednern zu erzielen. Dazu war es natürlich notwendig, daß in beiden Städten Mikrophone aufgestellt wurden. Aus diesen gelangte die Energie nach einer kleinen Vorverstärkung in das Kabel, das sie nach Breslau oder Berlin weiterbeförderte. Am Ende des Kabels war ein Verstärker größten Ausmaßes angebracht, der so viel Energie lieferte, daß zwei Riesenlautsprecher damit betrieben werden konnten. Infolgedessen waren sowohl Vortrag wie Diskussion in beiden Städten tadellos zu hören. Bei solchen Uebertragungen in zwei Richtungen tritt eine Schwierigkeit auf, die auch im Rundfunk nicht unbekannt ist: die sogenannte akustische Rückkopplung. Die von dem Lautsprecher in Breslau z. B. ausgestrahlten Schallwellen treffen auf das dort stehende Mikrophon, werden durch dieses nach Berlin übertragen, dort strahlt sie der Lautsprecher aus, sie treffen auf das Berliner Mikrophon, werden verstärkt nach Breslau zurückübertragen, kommen dort abermals verstärkt in den Lautsprecher, treffen von neuem das Mikrophon usw. Es kann auf diese Weise vorkommen, daß sich ein geringfügiger Laut zu einem fürchterlichen Geheul steigert, wie man es auch erlebt, wenn der Lautsprecher zu nahe am Empfänger steht, wo dann die Audionröhre die Rolle des Mikrophons spielt. Zum Schutz vor solchen gegenseitigen Beeinflussungen waren zwischen Lautsprechern und Mikrophonen große Schallschirme aufgestellt, und außerdem wurde von der Post die Verstärkung in der gerade nicht benutzten Richtung soweit herabgesetzt, daß die Verständigung zwar nicht aufgehoben, aber die Selbsterregung sicher vermieden wurde.

Das Gelingen dieses interessanten Versuches eröffnet sehr weite Perspektiven. Konnte man schon dem Rundfunk nachrühmen, daß er das geistige Leben in den kleinen Städten und auf dem Lande gewaltig steigere, indem er dem Landbewohner dasselbe biete, was der Großstadtbewohner hat, so gilt das in gleichem Maße nunmehr auch für das Vereinsleben abseits der Großstadt. Gerade für die dort bestehenden Vereine mit wissenschaftlichen oder ähnlichen Zwecken ist es ja außerordentlich schwer, sich interessante Vortragsstoffe oder Redner zu beschaffen, und die in den Kleinstädten oder auf dem Lande tätigen Aerzte, Juristen, Theologen usw. werden dadurch nur allzuleicht von der lebendigen Fortentwicklung in ihrem Berufe abgeschnitten. Das kann in Zukunft anders werden; denn es wird immer möglich sein, daß solche Vereine sich an einen wertvollen Vortrag, der in einer Großstadt stattfindet, anschließen. Aber noch ganz andere Dinge sind möglich. Die Kabelübertragung ist ja nicht das Wesentliche dabei. Sie könnte ebensogut durch eine drahtlose Uebertragung ersetzt werden. Nun besteht ja seit einiger Zeit ein transatlantischer Telephonie-Verkehr auf langen Wellen. Es ist kein Grund, einzusehen, warum eine solche Uebertragung nicht ebensogut auf den Telephonie-Sender übernommen werden könnte, wie wir es so oft im Rundfunk erleben. Es wäre dann z. B. möglich, daß deutsche Vereine oder deutsche Wissenschaftler an Kongressen und Vereinssitzungen, die in Amerika stattfinden, teilnehmen, nicht nur durch Zuhören, sondern auch durch Eingreifen in die Diskussion.

Dr. Ing. Heinz Krüger.

O. Burgemeister: Utrechter Union

Das niederländische Volk hat am 23. Januar die Erinnerung an ein Ereignis gefeiert, das nicht nur für die niederländische, sondern für die ganze europäische Staatengeschichte von größter Bedeutung gewesen ist. Was an jenem denkwürdigen 23. Januar 1579 — also vor 350 Jahren — im hohen Kapitelsaale des heute durch Restauration zu neuer Pracht erstandenen Utrechter Domes vor sich ging, war ein ausgesprochen revolutionärer Akt, durch den nicht allein ein neuer selbständiger Staat in Westeuropa geboren, sondern auch ein wichtiger Schritt zur bürgerlichen Demokratie getan wurde.

Ein langjähriger erbitterter Freiheitskampf gegen Spanien lag damals bereits hinter dem niederländischen Volke, ein Krieg, der freilich weniger ein nationaler als vielmehr ein Klassenstreit zwischen dem aufkommenden niederländischen Bürgertum und dem habsburgischen Feudalismus war. Von seinem Vater, dem deutschen Kaiser und spanischen König Karl V., hatte Philipp II. neben der spanischen Krone die schon im 15. Jahrhundert von den Habsburgern durch Heirat erworbenen burgundischen Lande, darunter die heutigen Niederlande und das heutige Belgien, geerbt. Hätte der große Aufstand einen rein nationalen Charakter gehabt, wie es die heutige niederländische Geschichtslegende darstellt, dann hätte er auch das heutige belgische Flandern umfassen müssen. Aber dieser Teil von Niederland ist bis in die Tage der großen französischen Revolution gut habsburgisch geblieben, weil hier der Adel, mit dem in den nördlichsten Niederlanden schon die großen Bürgerkriege des 15. Jahrhunderts zwischen den Hoekschen (Adligen) und den Kabeljauschen (Bürgerlichen) gründlich aufgeräumt hatten, noch bedeutend fester im Sattel saß. Wäre es andererseits nur ein Religionskampf gewesen, wie es die Legende der niederländischen reformierten Kirche behauptet, so hätten sich der Utrechter Union nicht auch Gebiete mit starker katholischer Bevölkerung angeschlossen. Allerdings gewann der Kampf dadurch einen nationalen Charakter, daß der Adel spanische Truppen ins Land holte, und er wurde zugleich von der religiösen Ideologie beherrscht, weil eben der Adel aus Klasseninteresse zur katholischen Religion des spanischen Königs hielt, während die Bürgerschaft der großen Handelsstädte sich in der Reformationszeit dem Calvinismus angeschlossen hatte.

Ende 1578 beschränkte sich Philipp II. bereits im wesentlichen darauf, die südlichen Niederlande, das heutige Belgien, zu behaupten. Deshalb konnte Anfang 1579 der große Schritt gewagt werden, die Unabhängigkeit der sieben nördlichen Provinzen zu proklamieren. Diese Provinzen waren Holland, Zeeland, Utrecht, Gelderland, Overijssel, Groningen und Friesland. Der neue Staat hat bis ins Zeitalter Napoleons den Namen „Republik der sieben Vereinigten Niederlande" geführt. Für die Proklamation dieser Republik traten im Januar 1579 in der alten Bischofsstadt Utrecht Delegierte der sieben Provinzen, die alle am Aufstand beteiligt gewesen waren und sich schon im alten Burgundischen Reiche eine gewisse Vorrangstellung erobert hatten, zusammen, um den neuen Staat zu gründen und ihm eine aus wenigen Paragraphen bestehende Verfassung zu geben. Dank der gemeinsam erlebten Not der vorausgegangenen Jahre wurde man in Utrecht sehr schnell einig.

Dieses ausgesprochen revolutionäre Abkommen wurde die Magna Charta der niederländischen Unabhängigkeit. Die Utrechter Union bildete geradezu den Höhepunkt des großen Freiheitskampfes der Niederländer, und Philipp II., der wenige Jahre später seine große Flotte, die Armada, die er gegen England ausgesandt hatte, durch die Stürme des englischen Kanals vernichtet sah, hat dieses Abkommen nicht mehr umzustoßen vermocht. Von diesem 23. Januar 1579 an datiert der beispiellose Aufschwung der Niederlande in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, das Aufblühen des Handels, der Künste und Wissenschaften, jene einzigartige, nur mit der Blüte des alten Athen nach den Perserkriegen vergleichbare Glanzzeit, die man noch heute das „Goldene Jahrhundert" nennt.

Allerdings hatte die Utrechter Union auch ihre Schattenseiten. Sie schuf keinen zentralistischen Staat, weil den Nordniederländern seit dem Kampfe gegen eine starke Zentralgewalt im alten Burgund jeder Zentralismus tief verhaßt war. Sie verankerte auch die Demokratie noch nicht fest genug, so daß der große niederländische Staatsmann Van Oldenbarnevelt schon 40 Jahre später auf Anordnung des Präsidenten oder, wie man damals sagte, des Statthalters der jungen Republik aus dem Hause Oranien hingerichtet wurde. Die Utrechter Union hat es immerhin noch ermöglicht, daß die Oranier, die zunächst zweifellos große Verdienste um den Befreiungskampf gehabt hatten, sich schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu erblichen Präsidenten oder Erbstatthaltern aufwerfen konnten und dadurch wieder den Weg zur Monarchie beschritten. Dennoch hat dieses Dokument der Utrechter Union die größte Bedeutung für die europäische Geschichte erlangt. Mit ihm beginnt die Kette der großen bürgerlichen Revolutionen, die bestimmt waren, das Aussehen unseres Kontinents völlig zu verändern und den Weg für die große Erhebung des Proletariats im 19. Jahrhundert zu bereiten.

Die Sprachen in Europa. Nach einer Berechnung des Prof. L. Tesniere gibt es in Europa 120 Sprachen, die von etwa 461 Millionen Menschen gesprochen werden. Am verbreitetsten ist das Deutsche, das von 81 Millionen gesprochen wird. Dann folgen das Russische mit 70, das Englische mit 47, das Italienische mit 41, das Französische mit 40, das Ukrainische mit 34, das Polnische mit 23, das Spanische mit 16, das Rumänische mit 14, das Ungarische mit 10 und das Serbo-Kroatische mit 9 Millionen. Das Hebräische ist als Umgangssprache aus Europa fast ganz verschwunden.

Amerika als Exportmacht.

Wachsende Bedrohung der europäischen Industrie.

Im Zeitalter des internationalen kapitalistischen Warenaustauschs spielt die Gestaltung des Außenhandels eine große Rolle und trägt oft einen rein politischen Charakter. Besonders heute ist jedes Land bestrebt, so wenig wie möglich einzuführen und soviel wie möglich auszuführen, und in Deutschland besteht im Zusammenhang mit den Reparationsverpflichtungen ein Zwang zur Steigerung der Ausfuhr, um den Erlös zur Schuldenzahlung zu benutzen. Da alle Länder eine Offensive auf die ergiebigsten Absatzmärkte entfalten, da der Staatsapparat durch Zollgesetzgebung, Exportbegünstigung usw. seiner Industrie hilft, so liegt die politische und imperialistische Tendenz dieser Entwicklung auf der Hand.

Amerikas Rekorde der Ausfuhrsteigerung.

Kein Industrieland konnte innerhalb der vergangenen 15 Jahre seine Warenausfuhr in ähnlichem Ausmaß steigern wie die Vereinigten Staaten, und während vor dem Kriege die amerikanische Ausfuhr dem Geldwert nach von der englischen übertroffen wurde und fast ebenso groß war wie die deutsche, stehen gegenwärtig die Vereinigten Staaten bei weitem an der Spitze. 1928 verzeichnete Deutschland eine Warenausfuhr in Höhe von 12 Milliarden Mark, England rund 17 Milliarden, die Vereinigten Staaten aber 21 Milliarden Mark. Damit hat sich der amerikanische Export gegenüber 1913 verdoppelt. Wie groß die Steigerung des amerikanischen Außenhandels gewesen ist, zeigt die folgende Tabelle, wonach betrugen:

Vereinigte Staaten	Einfuhr	Ausfuhr
	in Millionen Dollar	
1913	1 793	2 484
1925	4 227	4 910
1927	4 184	4 865
1928	4 100	5 000

Die Vereinigten Staaten sind, wie aus diesen Ziffern hervorgeht, eins der wenigen Industrieländer, die eine aktive Außenhandelsbilanz haben, d. h. deren Warenausfuhr größer ist als die Einfuhr. 1928 betrug der Ausfuhrüberschuß rund 900 Millionen Dollar, d. h. fast 3,8 Milliarden Mark. Das ist sehr erheblich mehr als die deutsche Jahresleistung für Reparationen, deren jetzt erreichte höchste Rate bekanntlich 2,5 Milliarden Mark beträgt. Im gleichen Jahre hatte Deutschland trotz aller Anstrengungen eine passive Handelsbilanz, nämlich einen Einfuhrüberschuß von rund 2 Milliarden Mark.

Wer aber der Meinung ist, daß die Amerikaner mit diesem Ergebnis zufrieden wären, befindet sich in einem schweren Irrtum. Vielmehr versucht Amerika mit aller Energie, einerseits die Einfuhr stärker zu drosseln, andererseits die Ausfuhr auf jede Weise zu steigern. **Eben in diesen Tagen finden in Washington Verhandlungen über die Erhöhung der Zolltarife statt,** und es ist bekanntgeworden, daß insbesondere die Vertreter der chemischen und der Eisen- und Stahlindustrie erhebliche neue Schutzzollforderungen angemeldet haben. Verringerte Einfuhr der Vereinigten Staaten bedeutet für die anderen Länder naturgemäß eine verringerte Absatzmöglichkeit, für die Vereinigten Staaten zunächst eine weitere Stärkung der Aktivität ihrer Handelsbilanz.

Noch wichtiger aber sind die Tendenzen zur weiteren Erhöhung des amerikanischen Warenexports. Hier hat die amerikanische Industrie

zwei gewaltige Vorteile gegenüber allen anderen Industrieländern.

Erstens steht hinter der amerikanischen Industrie eine riesenhafte Finanzmacht, die gewaltigste des Erdballs, die es dem amerikanischen Industrie- und Handelskapitalisten erlaubt, zu viel günstigeren Bedingungen zu liefern als andere Länder. Sie können sich mit niedrigeren Zinsen begnügen, sie können die Zahlungsfristen länger ausdehnen, und in vielen Fällen geben diese Momente den Ausschlag, selbst wenn die amerikanische Ware etwas teurer oder nicht von ganz gleicher Qualität ist wie die anderer Länder. Auch bei der Erwerbung von Konzessionen, bei der Abhängigmachung ganzer Länder durch große Anleihen usw. spielt die Finanzmacht der Vereinigten Staaten zugunsten der amerikanischen Exportentwicklung eine entscheidende Rolle.

Zweitens hat der amerikanische Volkswohlstand und damit der einheimische Bedarf eine solche Höhe erreicht, daß die amerikanische industrielle Produktion auf allen Gebieten zur Massenproduktion geworden ist, bei der trotz viel höherer Löhne und auch sonst oft höherer Produktionskosten der Preis vielfach niedriger gehalten werden kann als bei entsprechenden europäischen Erzeugnissen. Ein gutes Beispiel für die amerikanische Massenfabrikation ist der Automobilbau. Deutschland stellt gegenwärtig im Monatsdurchschnitt — ohne Kräder — etwa 12 000 Kraftwagen her, die Vereinigten Staaten dagegen rund 350 000, und die Tagesproduktion der beiden größten amerikanischen Fabriken entspricht etwa der Monatsproduktion der größten deutschen Firma.

Sprechen nun Momente dafür, daß die Vereinigten Staaten ihre Möglichkeiten zur Exportsteigerung auch tatsächlich ausnutzen? Bekanntlich haben die Vereinigten Staaten keine Schulden zu bezahlen und keine Reparationen zu leisten, sind vielmehr zum größten Gläubigerland des Erdballs geworden; volkswirtschaftlich läge also ein Anlaß zur Steigerung des Warenexports nicht vor. Die wirtschaftliche Entwicklung richtet sich aber unter kapitalistischen Verhältnissen bekanntlich nicht nach volkswirtschaftlichen, sondern nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, und das oberste privatkapitalistische Interesse ist es, die vorhandenen Produktionsanlagen und neugebildetes Kapital so rentabel wie möglich auszuwerten. Je mehr die amerikanischen Fabrikanten die amerikanische Bevölkerung mit Automobilen, elektrotechnischen Erzeugnissen, mit Wohnungen usw. versorgen, um so mehr nähert sich die Entwicklung in den Vereinigten Staaten einem Zustand, wo Neuanschaffungen nur noch zum Ersatz abgebrauchter Produkte gemacht werden, wo also eine gewisse Sättigung des amerikanischen Marktes eintritt.

Der Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland

kann hier durch einige Ziffern veranschaulicht werden: In Amerika kommen auf 1000 Einwohner gegenwärtig fast 200 Kraftwagen, in Deutschland dagegen erst 7 bis 8; in Amerika entfiel 1925 auf den Kopf der Bevölkerung ein Verbrauch an elektrotechnischen Produkten in Höhe von 54 Mark, in Deutschland dagegen von nur 29 Mark. Aehnliche Ziffern lassen sich für fast alle Industriezweige gegenüberstellen. Für den einzelnen amerikanischen Unternehmer liegt bei wachsender Sättigung des amerikanischen Marktes der Fall folgendermaßen: er setzt gegenwärtig über 100 Millionen Dollar jährlich Waren ab, davon 90 Millionen im Inland und 10 Millionen im Ausland. Sofern sich nun der Inlandsabsatz infolge Bedarfssättigung auf 80 Millionen Dollar senkt, wird er bestrebt sein, sich am Export für diesen Ausfall schadlos zu halten, d. h. den Export zu verdoppeln. Genau dieser Fall liegt bereits heute für zahlreiche amerikanische Industriegruppen vor.

Die Masse macht's!

Was das bedeutet, kann man aus folgenden Beispielen sehen: Der deutsche Chemikalienexport macht mit rund $1^1/_4$ Milliarden Mark etwa 30 Proz. des gesamten Werts der deutschen chemischen Produktion aus, während in den Vereinigten Staaten der Exportanteil nur etwa 7 Proz. beträgt. Von der deutschen elektrotechnischen Produktion werden fast 20 Proz. ausgeführt, in den Vereinigten Staaten dagegen nur erst 6 Proz. Dem absoluten Wert nach betrug aber der deutsche elektrotechnische Export mit rund 500 Millionen Mark 1928 nur wenig mehr als der amerikanische. Mit anderen Worten: Wenn tatsächlich das amerikanische Elektrokapital seinen Exportanteil verdoppeln wollte, so würde das eine Vermehrung dieser Ausfuhr um fast 500 Millionen Mark bedeuten, d. h. um eine Summe, die dem gesamten gegenwärtigen elektrotechnischen Export Deutschlands fast gleichkommt.

Es ist klar, daß eine derartige Exportentwicklung nicht ohne Verwicklungen und schwere Konkurrenzkämpfe mit anderen Ländern vor sich gehen kann, aber ebenso klar ist es, daß diese Entwicklung und im Zusammenhang mit ihr eine Stärkung des amerikanischen Imperialismus auf Grund der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse kommen werden.

Die Gelder des Notprogramms.

Reichsminister Dietrich berichtet über ihre Verwendung.

Reichsernährungsminister Dietrich hat dem 33. Reichstagsausschuß, der für die Durchführung des Notprogramms zuständig ist, über die Verwendung der bewilligten Gelder berichtet.

Die 10,5 Millionen für die Absatzförderung von Milch- und Molkereierzeugnissen sind fast ganz verwendet: für Erbauung von Lagerräumen (0,91 Millionen), niedrig verzinsliche Darlehen zur Beschaffung von Betriebsmitteln (2,58 Millionen), für Geschäftsaufwandszwecke (0,79 Millionen). Die Zinsverbilligung für Molkereikredite ist durchgeführt; für die Errichtung und den Ausbau milchwirtschaftlicher Institute sind größere Summen verwendet worden, deren Höhe nicht genannt wird.

Die 8 Millionen zur Absatzförderung von Obst und Gemüse sind zur Errichtung von Sammel-, Sortierungs- und Verpackungsstellen, von Versteigerungsmärkten und deren Ausstattung größtenteils ausgegeben. An der Deutschen Gartenbau-Kredit-A.-G. hat sich das Reich mit einer halben Million beteiligt. Der Obst und Gemüse verarbeitenden Industrie werden zur Leistungssteigerung 400 000 Mark ausgesetzt.

Die Million zur Förderung der Geflügelzucht und des Eierabsatzes ist bisher nur zu einem kleinen Teil verteilt, weil die Organisationen für den Eierabsatz erst geschaffen werden müssen.

Die 6 Millionen für die Kartoffelverwertung sind zunächst teilweise für die Absatzförderung und den Einkauf der Kartoffelflockenfabriken in Pommern verwendet worden; die Schaffung von Einkaufsorganisationen der Kartoffelverarbeiter und von Verkaufsorganisationen der entsprechenden Produkte mußte zunächst zurückgestellt werden.

Mit den 8 Millionen zur Förderung des Vieh- und Fleischabsatzes und den außerdem gewährten Reichsgarantien für einen 22-Millionenkredit wurde der Schweineabsatz in Oesterreich, im Saargebiet, in Elsaß-Lothringen und Italien zur Erleichterung des Inlandmarktes erweitert. Der Exportförderung dienten 630 000 Mark. 2 Millionen erhielten die Viehabsatzorganisationen, die die großen Schlachtviehmärkte beschicken. Mit 850 000 Mark wurden in sämtlichen Ländern Schweineleistungsprüfungen und die Bildung von Schweineverkaufsringen ermöglicht. An Fleischwarenfabriken und Viehverwertungsorganisationen wurden 2½ Millionen Zinsverbilligung gewährt. — Die Viehabsatzorganisationen haben die ihnen gewährten Kredite bisher mit 12¾ Millionen in Anspruch genommen.

Der Bericht des Reichsernährungsministers scheint noch sehr lückenhaft. Der zuständige Reichstagsausschuß hat eine Denkschrift über die Verwendung der Notprogrammgelder gefordert, die in einigen Wochen geliefert werden soll. Es ist dringend notwendig, daß der Bericht über die Verwendung der vom Reich gewährten Geldhilfen und Kreditgarantien die einzelnen Firmen und Organisationen nennen muß, die berücksichtigt worden sind. Es kommt nicht darauf an, daß Reichshilfen gewährt und Reichsgelder ausgegeben werden, sondern darauf, daß die Oeffentlichkeit kontrollieren kann, ob die Gewährung der Hilfe auch den beabsichtigten Nutzen gebracht hat. Die Organisationen der deutschen Landwirtschaft und auch die mit der Landwirtschaft verbundene Industrie ist noch viel zu sehr gewöhnt, Staatshilfen als Subvention zu betrachten, als daß man es ihnen ohne nachdrückliche öffentliche Kontrolle überlassen dürfte, wie sie die Gelder verwenden.

Eine Konsumentenkammer spricht.

Leider gibt's nur eine.

Daß es neben den zahlreichen Industrie- und Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern in Deutschland auch eine Verbraucherkammer gibt — leider nur eine — wissen wenige. Sie besteht als Konsumentenkammer in Hamburg. Wie wichtig und wirksam für die öffentliche Urteilsbildung über Wirtschaftsdinge die Stimme von Verbraucherkammern sein könnte, das zeigen schon seit Jahren die ausgezeichneten Jahresberichte dieser Kammer, die sich zu allen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen äußern. Wir greifen in diesem Jahre einige Bemerkungen über das Kartellwesen heraus. Es heißt dort:

„Wenn ein staatliches Elektrizitätswerk einmal einige Plätteisen verkauft, so genügt das in Verbindung mit einigen anderen nicht wesentlich bedeutenderen Vorkommnissen schon dazu, daß irgendein größerer Wirtschaftsverband sofort eine große Resolution über das Vordringen der öffentlichen Hand faßt und ein begeistertes Loblied auf die freie Wirtschaft anstimmt.

Wenn aber ganze Industriezweige, die etwa auch noch einen bestimmten Rohstoff monopolistisch beherrschen, sich zu nationalen oder sogar internationalen Kartellen zusammenschließen, ihre Preise und Lieferungsbedingungen festlegen, den Kreis ihrer Abnehmer beschränken, ihnen ihre Weiterverkaufspreise vorschreiben und zur besonderen Sicherheit und als Druckmittel für derartige Abmachungen sich auch noch entsprechende Zollsätze zu sichern verstehen, so wird man vergeblich darauf warten, daß nun die Anhänger der freien Wirtschaft für ihr Ideal mit der gleichen Begeisterung kämpfen wie gegen die Plätteisen von Posemuckel.

Nun soll gar nicht geleugnet werden, daß die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand ihre Bedenken hat, wenn die dem Staat oder den Kommunalverbänden gehörenden Unternehmungen sich mit der Privatwirtschaft zu Preisvereinbarungen zusammenschließen.

Und derartige Fälle sind ja gar nicht so selten: die dem Reiche gehörenden Deutschen Industriewerke in Spandau sind Mitglied des Stahlwerkverbandes geworden, die öffentlich-rechtlichen Versicherungsgesellschaften haben sich mit den privaten Versicherungsgesellschaften auf wichtigen Gebieten über die Versicherungsprämien geeinigt. Damit wird natürlich der Zweck solcher Unternehmungen, nämlich preisregulierend zu wirken, völlig vereitelt, und sie werden ausschließlich zu beliebten Einnahmequellen der öffentlich-rechtlichen Organe, die sich auf diese Weise von der finanziellen Kontrolle der zuständigen parlamentarischen Vertretungen freimachen. Auch sonst sind mit derartigen Unternehmungen für die beteiligten Personen allerlei Annehmlichkeiten verbunden, die der Betriebsform der öffentlich-rechtlichen oder der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung bei den beteiligten Regierungsstellen besondere Beliebtheit verschafft haben.

Alles Eintreten der Spitzenverbände für die freie Wirtschaft kann und darf nicht dahin führen, daß die übergeordnete Stellung des Staates gegenüber der Wirtschaft eine Einbuße erleidet. Wenn etwa durch den restlosen Zusammenschluß der Unternehmungen der freie nationale oder internationale Markt aufgehoben ist, so ist auch die ständige Beaufsichtigung des Tuns und Treibens derartiger Unternehmungen und gegebenenfalls das Eingreifen des Staates notwendig. Wenn die Vorteile der Rationalisierung infolge entsprechender Abmachungen der Produzenten oder Händler sich nicht in einer Herabsetzung der Preise auswirken, wenn also tatsächlich die freie Wirtschaft, die auf dem ungehinderten Wettbewerb beruht, ausgeschaltet ist, so muß der Staat Einwirkungsmöglichkeiten haben und anwenden, um im Interesse der gesamten Wirtschaft und im Interesse der Steigerung unserer Ausfuhr und der Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten eingreifen zu können. Vielfach wird dies in einer elastischen Handhabung der Zollpolitik möglich sein.

Die Voraussetzung für jedes staatliche Eingreifen ist aber die eingehende Kenntnis der Produktions-, Absatz- und Preisbedingungen des betreffenden Gewerbezweiges. Dazu bedarf es der Sammlung der jeweils geltenden Kartell- und Konventionsbestimmungen.

Mit der Information allein ist aber die zuständige Regierungsstelle naturgemäß nicht in der Lage, den erforderlichen Einfluß auszuüben zu können. Besonders auf dem Gebiete der Preisbindungen wird man sehr ernstlich zu prüfen haben, ob nicht zum mindesten ein Verbot notwendig ist, das eine Preisbindung der nächstfolgenden Wirtschaftsstufe verbietet oder in bestimmten Ausnahmefällen zum mindesten von der Genehmigung irgendeines staatlichen Aufsichtsorgans abhängig macht.

Das von manchen Stellen geforderte Verbot des Exklusivverkehrs wird in der Praxis mit Rücksicht auf die Umgehungsmöglichkeiten schwer durchzuführen sein.

Nebenbei wäre zu bemerken, daß der Beitritt von Unternehmungen der öffentlichen Hand zu privatwirtschaftlichen, monopolistischen Unternehmungsorganisationen nicht statthaft sein sollte."

Wie am Wasser verdient wird.

Bei den Charlottenburger Wasserwerken 5,3 Millionen Reingewinn.

Das einzige privatwirtschaftliche Unternehmen, das an der Wasserversorgung von Groß-Berlin noch beteiligt ist, ist die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. Dieses Großunternehmen, das mit 60 Millionen Mark Kapital arbeitet, hat, wie in den letzten Jahren, so auch in dem am 30. September abgeschlossenen Betriebsjahr 1927/28 aus dem ständig wachsenden Wasserbedarf der Reichshauptstadt reichen Nutzen schlagen können.

Es erhöhte sich der Geschäftsgewinn von 10,7 auf 12,2 Millionen, und obwohl nach Absetzung sämtlicher Unkosten noch mehr als eine Million für Erneuerungen und die Reserven zurückgestellt wurden, verbleibt noch ein mit 5,3 Millionen Mark um gut 20 Proz. gestiegener Reingewinn. Die Dividende der beiden letzten Jahre wird von 7 auf 8 Proz. heraufgesetzt.

Nach dem Geschäftsbericht übertraf die Entwicklung im letzten Jahre mit einer Erhöhung der Gesamtwasserabgabe um 15 Proz. die Mehrabgaben der früheren Jahre ganz bedeutend. Die Zahl der Neuanschlüsse weist wie auch im letzten Jahre eine Zunahme von rund 25 Proz. auf. Die ständige Erweiterung der Siedlungsgebiete in den Außenbezirken Groß-Berlins und die steigenden Ansprüche der privaten und öffentlichen Hygiene läßt die Aussichten auch für die kommenden Jahre sehr günstig erscheinen.

Wenn die Verwaltung unter diesen Umständen die seit Jahren umstrittene Frage eines Pensionsfonds auch diesmal übergeht, so kennzeichnet dieses Verhalten den Geist der Verwaltungsmitglieder.

Mit dem 1. Oktober ist die Kommunalisierung dieses Unternehmens einen guten Schritt vorwärts gekommen, indem gegen Zahlung von 2,5 Millionen Mark das Versorgungsgebiet der Bezirke Schöneberg und Steglitz an die Städtischen Wasserwerke abgetreten wurde. Damit ergibt sich für die Gesellschaft eine Verkleinerung des Absatzgebietes um ein Viertel, jedoch hofft die Verwaltung, diese Einschränkung des Absatzes durch den steigenden Konsum in den neu erschlossenen Versorgungsgebieten ausgleichen zu können.

Der französische Außenhandel bleibt günstig. Die französische Außenhandelsbilanz für das Jahr 1928 hat sich gegenüber dem Vorjahr wenig verändert. Die Einfuhrmengen sind um 0,26 auf 49,11 Millionen Tonnen zurückgegangen, die Einfuhrwerte um 0,40 auf 53,45 Millionen Franken gestiegen. Die Ausfuhrmengen zeigen eine Steigerung um 3,09 auf 41,08 Millionen Tonnen, die Ausfuhrwerte einen Rückgang um 3,58 auf 51,35 Millionen Franken. Immerhin übersteigt für 1928 die Einfuhr etwas die Ausfuhr, was 1927 noch umgekehrt war.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

stets auch vorrätig in den Niederlagen:

Hirsch-Apotheke
Berlin N 31, Anklamer Straße 39, a. d. Ecke Brunnenstr. 5 Min. v. Rosenthaler Pl.

Adler-Apotheke
Berlin-Friedenau, Rheinstraße 16.

Friedrich-Wilhelm-Apotheke
Charlottenburg 2, Leibnizstraße 106

Hecker-Apotheke
Berlin O, Gubener Straße 33

Schweizer Apotheke
Berlin W 8, Friedrichstraße 173.

Rosen-Apotheke Eichwalde-Berlin

Das Pfarrer-Heumann-Buch (272 Seiten, 180 Abbild.) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von

Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M 45.